1 + 2/2022

stuttgart liberal

Das Mitgliedermagazin der FDP Stuttgart

Nein zu Putins Krieg – #StandWithUkraine

Freie Demokraten
Stuttgart FDP

AUS DEM KREISVERBAND

Solidarität mit der Ukraine – Für Freiheit und Völkerrecht

AUS DEM BUNDESTAG

Reboot der Bundeswehr: 100 Mrd. € für die deutsche Verteidigungsfähigkeit

AUS DEM LANDTAG

Liberal für Stuttgart und das Land

VORWORT

3 Begrüßung der Kreisvorsitzenden

AUS DEM KREISVERBAND

4 FDP Stuttgart: Solidarität mit der Ukraine – Für Freiheit und Völkerrecht

5 Kundgebung am 27. Februar auf dem Schlossplatz: „Nein zu Putins Krieg – #StandWithUkraine

8 Stuttgarter bringen Hilfsgüter in die Ukraine

10 Geschäftsbericht des Stuttgarter FDP-Kreisvorstandes

12 Satzungsänderung beschlossen – Krisen prägen politischen Alltag

14 Diskussionsveranstaltung zur Abstimmung über die Corona-Impfpflicht im Deutschen Bundestag

16 Veranstaltung mit Jens Teutrine MdB

AUS DEM BUNDESTAG

17 Update zur Impfpflicht-Debatte

18 Reboot der Bundeswehr: 100 Milliarden Euro für die deutsche Verteidigungsfähigkeit

20 Sukzessive zur Normalität zurückkehren: Das neue Infektionsschutzgesetz

AUS DEM LANDTAG

22 Liberal für Stuttgart und das Land

AUS DEM GEMEINDERAT

26 Bericht der FDP-Gemeinderatsfraktion

AUS DEN STADTGRUPPEN

29 Neuer Vorstand der Stadtgruppe Nord

AUS DEN VORFELDORGANISATIONEN

28 Der Wandel und … Frauen auf der Flucht!

30 Aktiv für den Mittelstand und Selbstständige

AUS DEN ARBEITSKREISEN

32 Neues aus dem AK Mobilität

34 Die AK Digitalisierung hat sich neu aufgestellt

VERANSTALTUNGEN

35 Termine im 2. Quartal 2022

Herausgeber: FDP-Kreisverband Stuttgart | Redaktion: Gabriele Reich-Gutjahr (V.i.S.d.P.) | Anschrift: Weißenburgstraße 29, 70180 Stuttgart, Telefon: (0711) 621584, E-Mail: redaktion@stuttgart-liberal.de | Anzeigen: anzeigen@stuttgart-liberal.de | Satz und Layout: Steffen Schneider | stuttgart liberal erscheint viermal im Jahr und wird für die Stuttgarter FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert.

Begrüßung der Kreisvorsitzenden

Gabriele Reich-Gutjahr
Kreisvorsitzende der FDP Stuttgart

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde der Freien Demokraten,

bei der Jahreshauptversammlung am 21. März 2022 blickten wir auf rund 10 Monate Amtszeit des im Mai 2021 neu gewählten Vorstands zurück. Vier große Themen prägten unsere Arbeit im Kreisvorstand: Bundestagswahl, Corona, Impfpflicht und der Krieg in der Ukraine.

Corona begrenzte die Möglichkeiten der persönlichen Begegnung. Am 3. April endet die Übergangszeit und der Staat setzt auf die Eigenverantwortung der Bürger. Wir müssen lernen, verantwortlich mit dem Virus umzugehen. Abstand, Hygiene, Lüften und das Tragen einer Maske – in Asien übrigens schon seit Jahrzehnten üblich – dienen auch künftig der Gesundheit aller. Respektieren wir, wenn Menschen für sich unterschiedliche Wege wählen.

In den Schulen tragen hoffentlich auch die mobilen Luftreiniger dazu bei, für die wir uns in Gesprächen mit Bürgermeisterin Fezer und den Gemeinderäten eingesetzt hatten. Soll die Impfpflicht kommen? Die Abstimmung der Teilnehmer unseres Jahreshauptversammlung war eindeutig: Nein. Unabhängig vom Ergebnis der Abstimmung im Bundestag werbe ich weiterhin dafür, sich impfen zu lassen zum Schutz vor schwerer Erkrankung und um eine Überlastung des Gesundheitswesens zu verhindern.

Abrupt in den Hintergrund gedrängt wurden alle Themen durch den brutalen Angriff Putins auf die Ukraine. In einer Resolution hat der Kreisvorstand am 26. Februar den kriegerischen Überfall verurteilt. Als Kreisverband setzten wir auch aktiv Zeichen mit zwei Kundgebungen: am 27. Februar auf dem Schlossplatz, bei der auch Afina, eine Ukrainerin aus Mariupol sprach. Ihre Beschreibungen haben Bilder erzeugt, die im Gedächtnis blieben. Am 12. März haben wir mit einer stillen Kundgebung mit 4.000 Kerzen die Botschaft #StandwithUkraine geformt und eine Botschaft für Frieden gegeben. Weitere Aktionen sollen folgen, wenn der Krieg anhält. Wovon leider auszugehen ist.

Bereits am 24. Februar hatten die Julis reagiert und zu einer Kundgebung vor dem russischen Konsulat aufgerufen. Eine direkte Hilfsaktion haben unsere Mitglieder Tobias Faulhaber und Philip Eberle gestartet, die mit weiteren Helfern in vier Sprintern an die ukrainische Grenze fuhren und auf dem Rückweg vier Geflüchtete mitnahmen. Herzlichen Dank allen Mitgliedern, die in beeindruckender Weise unserem Spendenaufruf gefolgt sind und ganz besonders den beiden Initiatoren.

Der Krieg hat massive Auswirkungen auf unser aller Leben. Dass diese Krise aber auch ein Weckruf ist, zeigten die Reden bei der Sondersitzung des Bundestags am 27. Februar. So positionierte Christian Lindner Erneuerbare Energien als „Freiheitsenergien“. Auch im Kreisverband wollen wir das Thema fördern und den Austausch zu best practice bei privaten Lösungen unterstützen. Bitte melden Sie sich, wenn Sie einen Input liefern können.

Die FDP ist nun in der Regierungsverantwortung. Die liberale Handschrift ist erkennbar. Aber nicht alles passt ins liberale Selbstverständnis. So ist die Idee von Tankgutscheinen wahrlich nicht marktwirtschaftlich, die Positionierung zu E-Fuels löst Irritationen aus. Deshalb möchte ich abschließend den wichtigen Hinweis von Christian Lindner ins Blickfeld rücken, dass die Regierungsmitglieder durch die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags gebunden sind und Kompromisse eingehen müssen. Umso wichtiger sei es, dass die Partei als liberaler Kompass und als liberale Stimme in der Öffentlichkeit auftrete und klar erkennbar bleibe. Das werden wir als Kreisvorstand tun und zählen auch auf Ihre Unterstützung. Das Leben eines Mitglieds wird nicht leichter, wenn man mitregiert.

In diesem Sinne wünsche ich uns Kraft, Zuversicht und vor allem einen baldigen Frieden

Ihre Gabriele Reich-Gutjahr
Kreisvorsitzende

FDP Stuttgart: Solidarität mit der Ukraine – Für Freiheit und Völkerrecht

Dr. Jan Havlik
Beisitzer im Kreisvorstand
und Pressesprecher

Die Freien Demokraten in Stuttgart verurteilen den kriegerischen Überfall Russlands auf Befehl des Präsidenten Putin aufs Schärfste und stellen sich auf die Seite der Ukraine. Gleichzeitig setzen sie sich für praktische Solidarität und Hilfe mit Geflüchteten und Leidenden ein.

Der FDP-Kreisvorstand verabschiedete folgende Resolution:

Wir Freien Demokraten sind entsetzt über den brutalen Militärangriff Russlands auf das Gebiet, Städte, Einrichtungen und vor allem auf die Zivilbevölkerung der Ukraine. Es ist für uns in keiner Weise hinnehmbar, dass dieser Krieg des russischen Präsidenten Putin sämtliche zivilisierten und in den letzten Jahren und Jahrzehnten teilweise mühsam erworbenen internationalen Regeln und Prioritäten eines friedlichen und sicheren Zusammenlebens von Völkern und Nationen nicht nur in Europa durcheinanderwerfen will.

Putins antidemokratischer, zynischer und bösartiger Kurs der letzten Jahre hat darin nun bedauerlicherweise einen Höhepunkt gefunden. Allen, die in den vergangenen Jahren auch nur ein wenig Bewunderung für den rücksichtlosen Kurs dieses Despoten empfunden haben, sollten nun die Augen aufgehen. Ein solch repressiver Weg führte in seiner Konsequenz zu den Opfern, die wir heute beklagen müssen. Putin will einschüchtern und unterwerfen. Es ist höchste Zeit für Europa, sich dieser Realität zu stellen und mit aller Härte vorzugehen. Deutschland muss endlich seinen Beitrag leisten zu einer starken Landes- und Bündnisverteidigung. Freiheit und Frieden verlangen auch von uns Opfer ab und wir müssen die jetzt notwendigen Sanktionen in ihrer ganzen Breite umsetzen.

Unsere Gedanken sind bei den Opfern und Leidenden. Wir setzen uns für gelebte Solidarität ein und für die großherzige Aufnahme von Menschen, die aus der Ukraine flüchten müssen, auch in Stuttgart. Putin und sein Regime tragen die Verantwortung für diesen Krieg; wir stellen uns auch auf die Seite derjenigen Menschen in Russland, die sich für Frieden und Demokratie teilweise unter erheblichen Repressionen einsetzen. Sie riskieren ihr Leben für die Freiheit und für ein anderes Russland.

Freiheit und Recht sind aber letztendlich stärker, da sind wir sicher.

Kundgebung am 27. Februar auf dem Schlossplatz: „Nein zu Putins Krieg – #StandWithUkraine

Gabriele Reich-Gutjahr
Kreisvorsitzende der FDP Stuttgart

Die Stuttgarter Kreisverbände von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD und FDP hatten sich kurzfristig zusammengetan, um ein Zeichen gegen Putins Krieg in der Ukraine zu setzen und zu einer gemeinsamen Kundgebung aufgerufen. An dieser nahm auch OB Dr. Nopper teil sowie die Ukrainerin Afina, die in einer eindrücklichen Schilderung aus ihrer Heimatstadt Mariupol die Auswirkungen dieses Krieges spürbar machte.

Nachfolgend die Rede unserer Kreisvorsitzenden **Gabriele Reich-Gutjahr** im Wortlaut. Sie sprach zunächst den vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern ihren Dank aus für die überwältigende Teilnahme und forderte sie auf, solange zu demonstrieren bis dieser Krieg zu Ende ist. Sie erinnerte dabei auch an die leidvolle Geschichte der Stadt Stuttgart, die im zweiten Weltkrieg massiv zerstört wurde.

Die Rede im Wortlaut:
„Als am Donnerstagmorgen die Meldung vom Einmarsch der Russen in die Ukraine kam, waren wir alle fassungslos. Auf einen Schlag war die Welt eine andere – und wird es wohl auf lange Zeit noch sein.

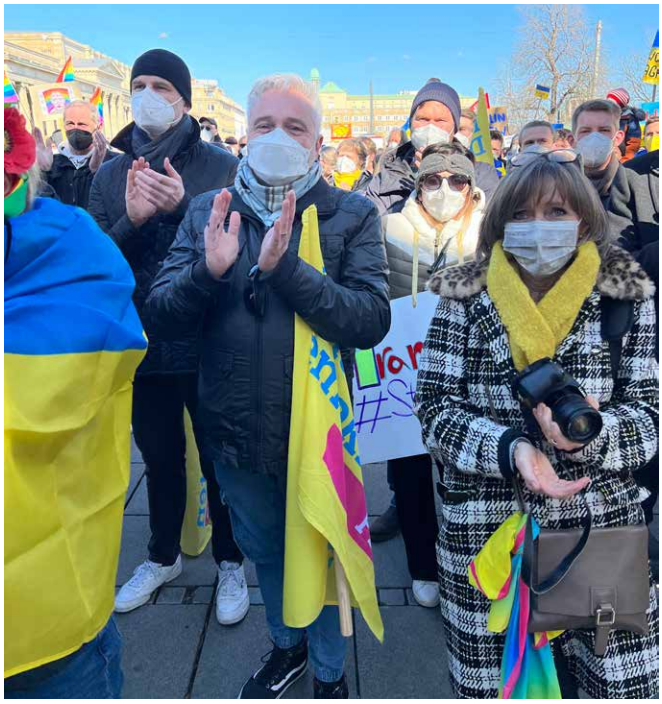
Wir Freien Demokraten sind entsetzt über den brutalen Militärangriff Russlands auf das Gebiet, Städte, Einrichtungen und vor allem auf die Zivilbevölkerung der Ukraine. Es ist für uns in keiner Weise hinnehmbar, dass dieser Krieg des russischen Präsidenten Putin sämtliche zivilisierten und in den letzten Jahren und Jahrzehnten teilweise mühsam erworbenen internationalen Regeln und Prioritäten eines friedlichen und sicheren Zusammenlebens von Völkern und Nationen nicht nur in Europa durcheinanderwerfen will. Putins antidemokratischer, zynischer und bösartiger Kurs der letzten Jahre hat darin nun bedauerlicherweise einen Höhepunkt gefunden.

Die weitere Entwicklung ist unübersichtlich – und birgt Risiken für die Ukraine unmittelbar und für uns alle, weit über die Ukraine hinaus. Dagegen müssen wir alle gemeinsam und geschlossen angehen. Die gemeinsame Kundgebung von Bündnis 90/Die Grünen, FDP, CDU, SPD macht dies deutlich. Es genügt nicht, die Tickermeldungen und Nachrichten zu verfolgen. Es braucht sichtbare Zeichen der Solidarität. So wie diese Kundgebung. Deshalb danke ich Ihnen, dass Sie heute hier sind und ein Zeichen der Solidarität mit der Ukraine setzen.

Was tut die Staatengemeinschaft und was tut Deutschland?

Die feige und mörderische Attacke des autokratischen russischen Regimes getrieben von Präsident Putin gegen die Ukraine muss sofort gestoppt werden. Alle internationalen Gremien sind auf dem Plan. Eines ist klar. Putin versteht nur eine Sprache: die der Härte. Eine andere Sprache versteht er nicht. Das heißt für uns Freie Demokraten: Abschreckung verbunden mit Dialogangeboten und volle Umsetzung der Sanktionen.

Dabei gibt es nicht die eine Maßnahme, die Russland auf den Weg der Vernunft bringt. Ob dies überhaupt gelingen kann, steht in den Sternen. Auch China spielt dabei eine wesentliche Rolle. Denn ohne ihren Rückhalt, wird es auch für Putin eng. Ein Zeichen der Hoffnung ist, dass China bei der Abstimmung über die UN-Resolution gegen den Krieg in der Ukraine NICHT mit Nein gestimmt hat, sondern sich enthalten hat.



Sanktionen gegen Russland und Putin persönlich wurden auf den Weg gebracht. Allerdings hat Deutschland an manchen Stellen gebremst. Jetzt ist es an der Zeit, manch lieb gewonnene Vorstellung über Bord zu werfen. Deutschland muss endlich seinen Beitrag leisten zu einer starken Landes- und Bündnisverteidigung. „Wenn du den Frieden willst, musst du auf den Krieg vorbereitet sein“. Diesem Grundsatz hat sich Deutschland lange entzogen. Höchste Zeit umzudenken.

Bereits gestern gab es eine erste Bewegung und die Regierung hat die Lieferung von deutschen Waffen an die Ukraine genehmigt. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj schrieb auf Twitter zu Waffenlieferungen: „Waffen und Ausrüstung unserer Partner sind auf dem Weg in die Ukraine. Die Anti-Kriegs-Koalition funktioniert“.

Heute tagt der Deutsche Bundestag seit 11 Uhr. Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler mit anschließender Aussprache zur aktuellen Lage: Ein Aus für beide Ostsee-Gaspipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 ist im Gespräch. Nord Stream 1 ist seit rund einem Jahrzehnt ein wichtiger Strang für die Gasversorgung Deutschlands. Eine Inbetriebnahme von Nord Stream 2 hat Deutschland auf Eis gelegt.

Auch innerhalb der FDP wächst der Druck auf die Regierung, Russland vom internationalen Banken-Kommunikationsnetzwerk SWIFT auszuschließen und damit die russische Möglichkeit Waren, Technologie etc. zu kaufen, zu kappen. Es ist das schärfste Sanktionsschwert und trifft alle Bereiche der russischen Wirtschaft mit voller Wucht. Es musste klug abgewogen werden und dafür brauchte es Zeit. Diese Zeit ist jetzt um. Sonst zeigen wir Putin einmal mehr, was er am meisten verachtet: Schwäche!

Was heißt das Aussetzen von SWIFT für uns?

Es bedeutet für uns Mühsal, Entbehrung, Einschnitte in unseren Wohlstand. Wofür? Für unsere Freiheit. Denn wenn wir diese nur zum Nulltarif schätzen, ist sie uns nichts wert.

Konkret betroffen sind Rohstoffe und die Gasversorgung: Gas selbst deckt 25 % unseres Primär-Energiebedarfs. 50 % des Gases kommen aus Russland. Wenn die russischen Lieferungen wegfallen, hat das empfindliche Auswirkungen auf unsere Wirtschaft und unser Leben: Arbeitsplätze, Versorgung mit Gütern, Heizung und Warmwasser. Die Planung, Kohlekraftwerke durch Gaskraftwerke als Übergangstechnologie zu ersetzen, muss man wohl erst mal begraben.

Was können wir dem entgegensetzen?

- Schneller Ausbau der Leitungen, die den Strom der Windkraft aus Nord- und Ostsee nach Süden bringen werden. Eine Gesetzesänderung zum Ausbau der Trassen für suedlink und ultranet ist längst überfällig. Wir können nicht bis 2025 warten bereits vorhandene Quellen zu nutzen. Wir brauchen mehr Geschwindigkeit

- Ausbau Erneuerbare Energien. Hier sind wir alle gefordert. Prüfen Sie am besten noch heute, welche Möglichkeiten SIE haben, um einen Betrag zur Energieversorgung zu leisten: Photovoltaik, Solarthermie, Wärmepumpen.

Zeigen wir Putin die Stirn. Machen wir uns unabhängiger von Energieimport! Das geht nicht von heute auf morgen,

aber die Wege sind da. Das alles sind nüchterne Fakten. Aber ohne einen klaren Kopf, können wir auch nicht helfen.

Unsere Gedanken sind im Besonderen natürlich bei den Menschen in der Ukraine: Hunderttausende auf der Flucht, andere harren vor Ort aus in Kellern, Bunkern und U-Bahnstationen. Immer mit der Gefahr, dass die Russen die Oberhand gewinnen.

In Sorge um ihre Männer und Söhne, die im Kriegseinsatz sind und ihre Heimat verteidigen.

Was können wir als Zivilgesellschaft tun?

Kontakt halten über die persönlichen Kontakte. Viele von uns haben Freunde und Verwandte. Es gibt viele Städtepartnerschaften, und nicht zu vergessen: viele Unternehmen auch aus Baden-Württemberg haben Aktivitäten in der Ukraine. Die Menschen müssen wissen, dass wir für sie da sind.

Der Zug der Hilfsmaßnahmen rollt bereits: Kleider- und Warentransporte sind auch aus Stuttgart auf dem Weg, Spendenkonten sind eingerichtet. Hier können Sie sich jetzt schon einbringen. Die Nachbarstaaten der Ukraine haben Flüchtlinge aufgenommen. Dank an sie alle. Besonders berührt hat mich die Geschichte einer Polin, die nicht länger nur zusehen wollte. Sie setzte sich ins Auto, fuhr zur Grenze und lud eine Familie ein, bei ihr zu wohnen. Auch in Stuttgart werden Flüchtlinge ankommen. Nehmen wir uns diese Polin als Vorbild. Setzen wir der Unmenschlichkeit Putins die Menschlichkeit entgegen! Geben wir nicht nur ein Dach, sondern menschliche Wärme und Fürsorge. Sollte sich der Krieg länger hinziehen als wir alle hoffen, müssen wir den Menschen zügig die Möglichkeit geben zu arbeiten und die Kinder in Schule und Kita zu bringen. Damit das Leben für sie weitergeht. Aus diesem hat sie der Despot Putin jäh gerissen.

Menschen in Russland

Es gibt eine große Lücke zwischen dem russischen Volk und dem russischen Regime. Laut einer Befragung lehnen 30 % der Russen diesen Krieg ab. Viele haben den Mut und zeigen dies, indem sie auf die Straße gehen und demonstrieren.

Wir Freien Demokraten stellen uns auch auf die Seite derjenigen Menschen in Russland, die sich für Frieden und Demokratie teilweise unter erheblichen Repressionen einsetzen. Sie riskieren ihr Leben für die Freiheit und für ein anderes Russland. Sie glauben wie wir daran, dass Recht und Freiheit am Ende siegen.

Das gelingt nur, wenn wir alle Verantwortung übernehmen. Deshalb gebe ich die Bitte des Bürgermeisters von Kiew, Wladimir Klitschko an sie weiter: Demokrats4Democracy. Trennt man Democracy in zwei Worte, dann ergibt sich Demo und crazy. Das ist seine Bitte an die Weltgesellschaft: Demonstrieren wir like crazy für die Demokratie, gegen Krieg und für eine friedliche und freie Zukunft für die Menschen und insbesondere für die Kinder auf unserem Kontinent. Lassen wir nicht nach, unsere Solidarität mit dem ukrainischen Volk zu zeigen.

Wir hängen alle voneinander ab, sitzen in einem Boot – im Guten wie im Schlechten. Zeigen wir Putin, dass die Weltgemeinschaft zusammensteht und sich nicht auseinanderdividieren lässt. Danke, dass Sie heute gekommen sind. Wir werden so lange auf die Straße gehen bis dieser Krieg beendet ist. Ich zähle auf Sie und auf alle, die heute noch nicht da sind.“

Stuttgarter bringen Hilfsgüter in die Ukraine

Johanna Molitor
Beisitzerin im Kreisvorstand

„Unfassbar“, so beschreibt **Philip Eberle**, Stadtgruppenvorsitzender West, die Welle an Hilfs- und Spendenbereitschaft, die ihn nach seinem Aufruf erreicht hatte. Bei der Friedensdemonstration auf dem Stuttgarter Schlossplatz wuchs in ihm und **Tobias Faulhaber** das Bedürfnis, selbst den Menschen in der Ukraine zu helfen. Zunächst war geplant, einen Campingbus sowie einen Audi A3 mit Hilfsgütern zu beladen und an die Grenze zu fahren. Wenige Stunden nach dem Spendenaufruf, der per Mail an die Stuttgarter FDP-Mitglieder versendet wurde, war schnell klar: das wird nicht reichen.

Schnell stapelten sich Konservendosen, Verbandsmaterial, Isomatten, Babynahrung und Hygieneartikel in der Wohnung. Durch den Aufruf kamen auch Geldspenden in Höhe von über 4.500 Euro zusammen, die in weitere medizinische Produkte, wie beispielsweise Insulin, investiert wurden. „Unsere WG glich einem medizinischen Großlager. Ein Mitbewohner hatte sich zeitweise freiwillig ausquartiert, damit noch mehr Pakete gelagert werden konnten“, erzählt Eberle in der Kreisvorstandssitzung vom 14. März 2022.

Statt des ursprünglich geplanten Campingbusses, wurden vier Sprinter vollgeladen. Der Aktion hatte sich inzwischen auch noch ein Arbeitskollege von Eberle mit ukrainischen Wurzeln angeschlossen, der den Kontakt zu einem Krankenhaus in der Nähe von Kiew vermittelte, bei dem die medizinischen Produkte dringend benötigt wurden. „Wenn wir den Spendenaufruf nicht vorzeitig gestoppt hätten, hätten wir nicht mehr alles mitnehmen können“, berichtet Eberle von der großen Resonanz auf diese Aktion. An der Tankstelle des Landtagsabgeordneten **Friedrich Haag**, wurde die Kolonne noch vor der Abreise betankt und mit Reservekanistern ausgestattet und machte sich dann auf den Weg in

Richtung der ukrainischen Grenze. In der polnischen Stadt Chelm wurden die Hilfsgüter in Lastwagen umgeladen, die dann die Güter ins Landesinnere der Ukraine brachten. Noch auf dem Rückweg erhielten Faulhaber und Eberle Fotos und Dankesmeldungen besagtem Krankenhaus, welches die medizinischen Produkte bereits erhalten hatte.

Doch den Rückweg aus Chelm nach Stuttgart fuhren Sie nicht alleine zurück. Die Stadt Chelm teilte mit, dass sie mit den ankommenden Geflohenen aus der Ukraine sehr gefordert seien und dankbar, wenn die Hilfskräfte auch die angekommenen Menschen weiter zu ihren Zielorten bringen könnten. Bei Philip Eberle und Tobias Faulhaber meldete sich eine ukrainische Familie, die von Familienmitgliedern aus den Niederlanden in Hanau abgeholt werden könnten. „Als die Großmutter, ihre Tochter und die 11- und 8-jährigen Enkel von der Verwandtschaft in Deutschland in den Arm genommen wurde, hat man richtig gemerkt wie die Belastung von ihnen abgefallen ist und von uns irgendwie auch“, erzählt Eberle.

Geschäftsbericht des Stuttgarter FDP-Kreisvorstandes

für die Zeit vom 9. Mai 2021 bis 20. März 2022
zur Vorlage bei der Jahreshauptversammlung am 21. März 2022

Mitglieder des Kreisvorstandes:
Kreisvorsitzende: Gabriele Reich-Gutjahr, **stv. Kreisvorsitzende:** Charlotta Eskilsson, Volker Weil
Kreisschatzmeister: Michael Marquardt, **Beisitzer/innen:** Dr. Jan Havlik (Pressesprecher), Dr. Cornelius Hummel, Dajana Hummel, Johanna Molitor, Eric Neumann, Dr. Thilo Scholpp, Martina Weishaupt
Ehrenvorsitzende: Ingrid Walz, Armin Serwani
Kreisgeschäftsführer: Jan-Ole Langemack

1. Kreisvorstandssitzungen: 12 reguläre, 1 Sondersitzung
2. Kreismitgliederversammlung 1
3. Kreisausschusssitzung: 1
4. Besprechungen Geschäftsf. Kreisvorstand: 28
5. Veranstaltungen/Aktivitäten im Kreisverband:

11.05.2021 Konstituierende Sitzung des neuen KVs und Beschluss zur Einrichtung einer Wahlkampfkommission unter Leitung von Volker Weil
12.05.2021 Diskussion zur Abgeltungssteuer im FDP-Programm zur Bundestagswahl mit Judith Skudelny MdB
21.05.2021 1. Sitzung Wahlkampfkommission
24.05.2021 2. Sitzung Wahlkampfkommission
25.05.2021 Gründungstreffen der AG Social Media im KV
24.06.–18.07.2021 Aktive Teilnahme 24-Tage-Lauf mit Social-Media-Begleitung; der KV gewinnt den Social-Media-Preis für besonders gelungene und vielfältige Berichterstattung
08.07.2021 Kreisausschusssitzung zum Wahlkampf
10.07.2021 Klausurtagung des Kreisvorstands ganztägig
14.07.2021 Mittagstalk Judith Skudelny MdB und Florian Toncar zu Wirecard für FDP-Mitglieder
Juni/Juli Vorbereitung Plakatkampagne im KV; Unterstützung der Stadtgruppen bei der Beschaffung von Wahlkampfmaterialien
Juli–Sept. Zahlreiche Wahlkampfstände der Stadtgruppen mit den Bundestagskandidaten sowie Stände des KV vor Wittwer in der Königstraße sowie Flyerverteilung an die privaten Haushalte
20.07.2021 Gem. Veranstaltung mit LIM: Podiumsdiskussion über synthetische Kraftstoffe mit Judith Skudelny MdB und Experten aus der Wirtschaft auf dem Neckarschiff. Moderation Volker Weil
31.07.2021 Teilnahme an CSD-Kampagne in Stuttgart
06.08.2021 Wahlkampfauftakt: Pressegespräch mit lokalen Medien: die Kreisvorsitzende stellt die Kandidaten für die Bundestagswahl Judith Skudelny MdB und Timur Lutfullin vor.
10.08.2021 Mitgliederinfo Judith Skudelny MdB im Gespräch mit Otto Fricke, MdB und ordentliches Mitglied des Haushaltsausschusses. Thema Haushaltspolitik
13.08.2021 Mitgliederinfo Judith Skudelny MdB im Gespräch mit Gyde Jensen, MdB und Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Thema Menschenrechte weltweit
15.08.2021 Beginn der Plakatierung Groß- und Kleinplakate
22.09.2021 Abschlussveranstaltung mit Christian Lindner in Stuttgart mit KV-Infostand
22.09.2021 Wahlkampfveranstaltung Unternehmerinnenfrühstück, initiiert von den Liberalen Frauen Baden-Württemberg mit Nicola Beer, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments und stv. FDP-Bundesvorsitzende, und der Vorsitzenden der Liberalen Frauen Baden-Württemberg, Judith Skudelny MdB
26.09.2021 Mitglieder-Wahlparty am Wahltag im Restaurant Santa Lucia
02.11.2021 Kick-off-Veranstaltung Arbeitskreise des KVs
03.11.2021 Gespräch des geschäftsführenden Kreisvorstands mit OB Dr. Nopper im Rathaus
13.11.2021 2. Klausurtagung des Kreisvorstands, u.a. mit dem Beschluss, eine Kommission zur Überarbeitung der Satzung einzurichten: Charlotta Eskilsson, Gaby Heise, Armin Serwani und Gabriele Reich-Gutjahr

15.11.2021	Kreismitgliederversammlung mit Delegiertenwahlen, Reden Judith Skudelny und Michael Theurer MdB u. a. zum Stand der Koalitionsverhandlungen im Bund
30.11.2021	Konstituierende Sitzung der im August vom Kreisvorstand beschlossenen gemeinsamen Stadtgruppe Stammheim und Zuffenhausen unter Leitung der Kreisvorsitzenden. Zur Stadtgruppenvorsitzenden wird Gabriele Heise gewählt.
13.12.2021	Besprechung zur Neumitgliederbetreuung (Aktionsteam aus dem Kreisvorstand)
29.12.2021	Mitgliederoffene Online-Sitzung zur Beratung über die zum Landesparteitag vorliegenden Anträge. Zahlreiche Änderungs- und Ergänzungsanträge werden beschlossen. Teilweise werden diese vom LPT übernommen.
05.01.2022	Online-Delegiertenbesprechung vor Beginn des online stattfindenden Landesparteitags
19.01.2022	Online-Veranstaltung „Wie lässt sich das Aufstiegsversprechen wieder mit Leben füllen?“ mit Jens Teutrine MdB und Jaana Espenlaub. (KV, SG West, SG Mitte/Süd, Liberale Frauen, Julis)
26.01.2022	Online-Veranstaltung für Mitglieder (KV, SG Mitte/Süd) unser Mitglied Herr Kemper stellt FDP-Akzente 2022 in der Ehe- und Familienpolitik vor.
02.02.2022	Online-Sondersitzung Gewählter Kreisvorstand zur überarbeiteten Satzung
11.02.2022	Teilnahme der Kreisvorsitzenden an der Kranzniederlegung zum 100. Todestag von Conrad Haussmann in Heslach durch OB Nopper und FDP/DVP-Fraktionsvorsitzenden Ulrich Rülke
23.02.2022	Online-Veranstaltung für Mitglieder mit Judith Skudelny MdB zur „Impfpflicht“
25.02.2022	Online-Sitzung für Stadtgruppenvorsitzende zur neuen Kreissatzung
27.02.2022	Mitwirkung an einer gemeinsamen Kundgebung „Nein zu Putins Krieg – Stand with Ukraine“ mit Grünen, CDU und SPD mit Rede der Kreisvorsitzenden
01.03.2022	Unterstützung eines privaten Hilfstransports von Mitgliedern der Stadtgruppe West an die ukrainische Grenze mit einem Sachspendenaufruf an die Mitglieder.
02.03.2022	Sondersitzung KV zum Krieg in der Ukraine – Informationsaustausch und Abstimmung von Aktivitäten im Kreisvorstand
09.03.2022	Treffen Kreisvorstand mit FDP-Gemeinderatsfraktion, Friedrich Haag MdL, Regionalräten und AK Mobilität zum Thema Nahverkehrsabgabe.
12.03.2022	Mitwirkung an einer zweiten gemeinsamen, dieses Mal „Stillen Kundgebung mit Kerzen“ gegen den Ukraine-Krieg mit CDU, Grüne, SPD und anderen gesellschaftlichen Gruppen.

6. Arbeitskreise

AK Wohnen und Bauen, AK Bildung, AK Digitalisierung, AK Strukturwandel/Transformation, AK Kultur, AK Mobilität

7. Mandatsträger des Kreisverbands Stuttgart:

Bundestagsabgeordnete	1
Landtagsabgeordnete	1
Regionalräte:	3
Stadträte:	5
Bürgermeisterin:	1
Bezirksvorsteherin:	1
Bezirksbeiräte:	26 (in allen Stadtbezirken vertreten)

8. Vertretungen in FDP-Gremien:

Mitglieder im Bundesvorstand:	1
Mitglieder im Landesvorstand:	3 gewählt, 3 kooptiert
Mitglieder im Bezirksvorstand:	2 gewählt, 7 kooptiert
Delegierte Bundesparteitage:	5
Delegierte Bezirks-/Landesparteitage	27
Delegierte Landeshauptausschüsse:	7

9. Stadtgruppen: 17 (seit 01.12.21: 16)

10. Liberale Vorfeldorganisationen in Stuttgart:

Junge Liberale
Liberale Frauen
Liberale Hochschulgruppen
Liberaler Mittelstand
Liberale Senioreninitiative
Liberale Schwule und Lesben

11. Stuttgart Liberal 4 Ausgaben im Jahr

12. Mitgliederbriefe 5 Ausgaben 2021
1 Ausgabe 2022

13. Social-Media-Aktivitäten (Follower-Stand am 14.03.2022)

Facebook:	1.687
Instagram:	1.236
LinkedIn:	102
Twitter:	234

Mit unseren Social-Media-Aktivitäten im Bundestagswahlkampf konnten wir 1 Million Impressionen erzielen.

14. Mitgliederbewegungen:

Stand 01.01.2021	**622**
Stand 01.01.2022	**816**
Zugänge	229 (inkl. Zuzüge)
Wegzüge:	10
Verstorben:	5
Austritte:	18
Ausschlüsse:	2
Stand 12.03.2022:	**820**

Satzungsänderung beschlossen – Krisen prägen politischen Alltag

Dr. Jan Havlik
Beisitzer im Kreisvorstand
und Pressesprecher

Die diesjährige Hauptversammlung der Stuttgarter Freien Demokraten stand erwartungsgemäß ganz im Zeichen der derzeitigen politischen Ereignisse im Bereich der Innen- und Außenpolitik.

„Es ist nicht bequem, an der Regierung zu sein", so die Kreisvorsitzende der FDP, **Gabriele Reich-Gutjahr**, in ihrem Rechenschaftsbericht vor der Hauptversammlung der Stuttgarter Liberalen. Sie berichtete vom vergangenen Dreivierteljahr, in dem ihr Vorstand bewegte Zeiten bestehen musste: Den Herausforderungen der Corona-Pandemie und seit einigen Wochen des Ukraine-Krieges stehen Erfolgserlebnisse gegenüber wie die erfolgreiche Bundestagswahl mit Regierungsbeteiligung.

Die Zeiten ließen keine Möglichkeit zum Ausruhen auf den Erfolgen, so Reich-Gutjahr. Dass liberale Politik die Menschen bewege, zeige sich auch in dem erfreulichen Wachstum des Kreisverbandes um rund 200 auf nunmehr 820 Mitglieder.

Relativ zügig wurde der Kreisvorstand turnusgemäß entlastet. Eine neue, überarbeitete Fassung der Satzung wurde beraten und mit einer deutlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen, unter anderem mit der Neueinführung einer Vertrauensperson. Zudem werden die Delegierten zu Landes- und Bezirksparteitagen künftig für zwei Jahre gewählt; erstmals bei der Kreismitgliederversammlung im Herbst.

Dank gebührt **Charlotta Eskilsson**, **Armin Serwani**, **Gaby Heise** und dem Kreisgeschäftsführer **Jan-Ole Langemack** für die Erarbeitung. Sie dankte **Volker Weil** für seine Arbeit als Wahlkampfkoordinator und allen Beisitzern im Vorstand für die aktive Mitarbeit in den Bereichen Social Media, IT und Mitgliederbetreuung. Letztere soll im zweiten Amtsjahr intensiviert werden und stadtgruppenübergreifende Begegnungen ermöglichen. Zudem sind eine Vielzahl von Stammtischen mit Gemeinderäten, Regionalräten, unserer Bundestagsabgeordneten und unserem Landtagsabgeordneten sowie zwei Kreisausschusssitzungen geplant.

→ Der Geschäftsführende Kreisvorstand bei der Jahreshauptversammlung

→ Gabriele Reich-Gutjahr

→ Dr. Jan Havlik

→ Die Parteimitglieder bei der Jahreshauptversammlung im Großen Kursaal

Weitere wichtige Punkte des Abends waren politischen Beiträge, so vom Stuttgarter FDP-Abgeordneten im Landtag, **Friedrich Haag**. Er verschaffte einen breiten Überblick über die Themen seiner politischen Arbeit. Dabei wurden immer wieder die Bezüge klar, die der Stuttgarter Alltag zu den überregionalen Krisen hat. Beispiel dafür ist die Energieversorgung, bei der der Abgeordnete dem Ziel einer Energie-Autarkie eine Absage erteilte und sich vielmehr dafür einsetzt, dass mit vielfältigen Energieressourcen eine zuverlässige Stromversorgung vor Ort gewährleistet bleiben muss. Beispiel Wohnungspolitik, wo er als zuständiger Sprecher im Landtag einen „grundlegenden Neustart" anmahnte und genau dies bei der Landesregierung vermisse, die dafür überflüssigerweise ein extra Ministerium geschaffen habe. Beispiel Bildung, wo er krisensichere Schulen verlangt und den Abfall des baden-württembergischen Bildungsniveaus konstatieren musste.

Flankiert wurden seine Aussagen vom Vorsitzenden der Gemeinderats-FDP, **Dr. Matthias Oechsner**, der zusätzlich noch die geplanten Änderungen in der Kommunalwahlordnung auf Landesebene beschrieb: „Ausgerechnet die Grünen als Regierungspartei im Land wollen das Auszählungssystem so ändern, dass sie als zwischenzeitlich größere Partei die kleineren Parteien und Wählergruppen schwächen können. In ihrer Beteiligungs-Begeisterung vor einigen Jahren klang das noch ganz anders", so Oechsners kritische Anmerkung.

In der anschließenden lebhaften Diskussion zu den angesprochenen Themen wurde viel hinterfragt zum momentanen Regierungshandeln. Eine Rolle, die die Freien Demokraten in schwierigen Zeiten übernommen haben. „Wir wollen die Aufforderung unseres Finanzministers und Parteivorsitzenden ernst nehmen, der sagte, dass die Regierungsmitglieder durch die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags gebunden sind und Kompromisse eingehen müssen. Umso wichtiger sei es, dass die Partei als liberaler Kompass und als liberale Stimme in der Öffentlichkeit auftrete und klar erkennbar bleibe", so die Kreisvorsitzende zum Abschluss.

→ Charlotta Eskilsson

→ Volker Weil

→ Friedrich Haag MdL

→ Stadtrat Dr. Matthias Oechsner

Diskussionsveranstaltung zur Abstimmung über die Corona-Impfpflicht im Deutschen Bundestag

Dajana Hummel
Beisitzerin im Kreisvorstand

Nach langer Vorbereitungszeit will der Deutsche Bundestag Anfang April über die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht gegen das Corona-Virus abstimmen. Unsere Bundestagsabgeordnete **Judith Skudelny** nahm die Debatte zum Anlass, den Stuttgarter Mitgliedern am 23. Februar 2022 in einer digitalen Runde die verschiedenen Anträge vorzustellen. In der anschließenden Diskussion konnten die Mitglieder des Kreisverbands ihre eigenen Positionen zu den vorliegenden Anträgen darstellen.

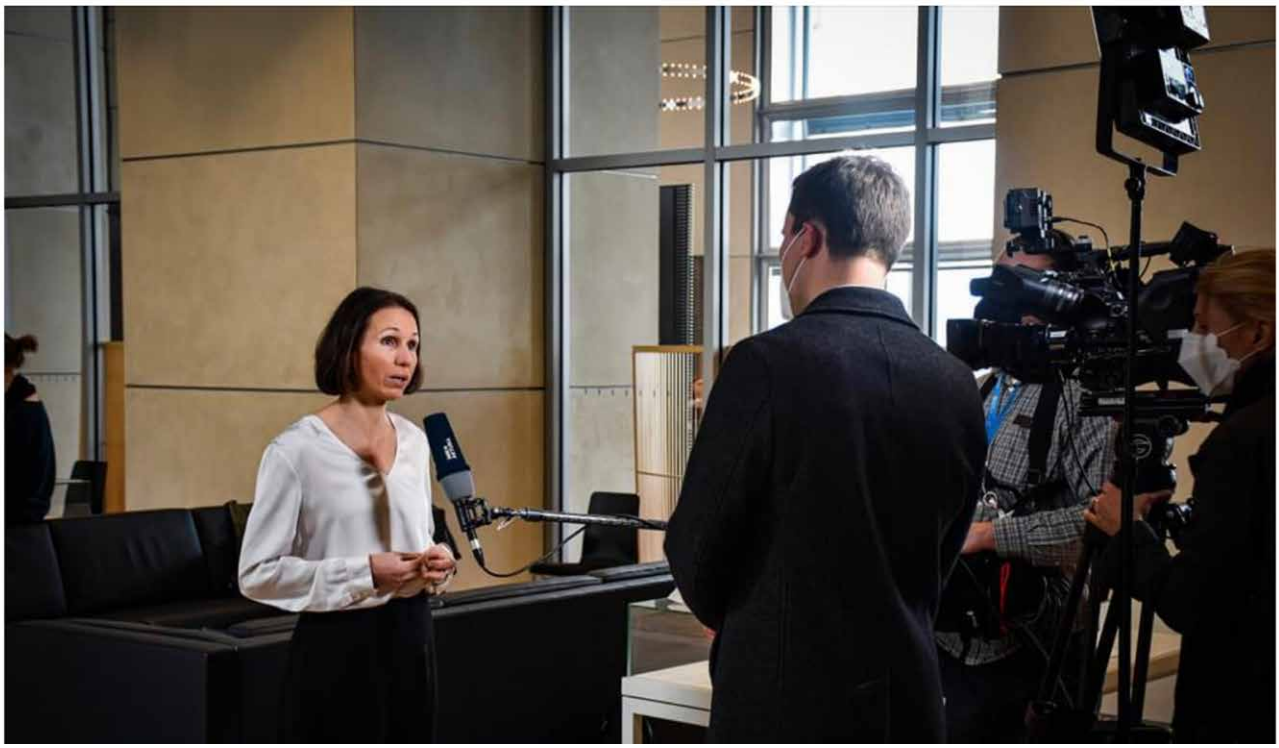
Angesichts rapide steigender Inzidenzen und einer in vielen Augen noch immer zu niedrigen Impfquote kamen im Dezember 2021 vermehrt Rufe nach einer verpflichtenden Corona-Impfung auf. Was dabei oft vergessen wurde: Für die Omikron-Welle wäre eine Impfpflicht zu diesem Zeitpunkt bereits zu spät gekommen. Sie wäre vielmehr eine Präventionsmaßnahme, um eventuelle Wellen im Herbst 2022 abzumildern. Judith Skudelny betonte, dass die FDP mit Blick auf diese Tatsache von Anfang an den Fokus auf eine lange und ausführliche Debatte gelegt habe. Es sei auch die FDP-Bundestagsfraktion gewesen, die sich dafür eingesetzt hat, die Abstimmung vom Koalitionszwang auszunehmen: „Die Frage, ob und in welchem Rahmen eine allgemeine Impfpflicht kommt, ist für uns eine einschneidende Entscheidung, die viele Grundrechte betrifft. Deswegen soll jeder Abgeordnete nach seinem Gewissen abstimmen können“, so Skudelny.

In den Gruppenanträgen im Bundestag haben sich vier Positionen herauskristallisiert. Große Teile von SPD und Grünen, aber auch vereinzelte FDPler, plädieren für die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht für alle Personen ab 18 Jahren zum 1. Oktober 2022. Der sogenannte „Kompromissantrag“ unter Federführung der beiden FDP-Abgeordneten **Dr. Andrew Ullmann** und **Konstantin Kuhle** sieht vor, dass nur für die besonders gefährdete Altersgruppe ab 50 Jahren eine Pflicht zur Impfung gelten sollte. Beide Anträge gingen laut Judith Skudelny von der Annahme aus, dass auch durch mögliche abgeschwächte Varianten eine Überlastung des Gesundheitssystems drohe und die Impfstoffe die Gefahren einer Ansteckung und/oder eines schweren Verlaufs reduzieren würden. Angesichts der sich verändernden Pandemielage scheine sich die Mehrzahl der FDP-Bundestagsabgeordneten dagegen dem Antrag **Wolfgang Kubickis** anzuschließen, der jegliche Pflicht zur Impfung ausschließt und stattdessen verstärkt für die Impfung werben will, gerade auch bei Bevölkerungsgruppen, die bislang überproportional selten geimpft seien. Der letzte Antrag der CDU/CSU-Fraktion sei laut Skudelny eine Aufforderung an die Bundesregierung, erst einmal die Sinnhaftigkeit einer Impfpflicht für verschiedene Gruppierungen zu prüfen und parallel dazu ein Impfregister aufzubauen, damit man über die entsprechenden Grundlagen verfüge, falls eine Impfpflicht zu einem späteren Zeitpunkt erforderlich werden sollte. „Der Aufbau eines Impfregisters würde erfahrungsgemäß aber drei bis vier Jahre in Anspruch nehmen“, erklärte Judith Skudelny allerdings.

„Bei allen Anträgen gibt es gute Argumente dafür und dagegen. Persönlich habe ich zwar eine Tendenz, mich aber noch nicht zu 100 % festgelegt, welchem Antrag ich mich anschließen werde. Weil es eine Entscheidung ist, die für viele Menschen wichtig ist, möchte ich die Gedanken und Ideen aus meinem eigenen Kreisverband mit in die Abstimmung nehmen und in meine Entscheidung einfließen lassen“, leitete Skudelny in den von **Dajana Hummel** moderierten Diskussionsteil über.

Judith Skudelny
2 Std. ·

Ich werde gegen die Impfpflicht stimmen. Als Vertreterin einer Bürgerrechtspartei ist es mir wichtig, dass eine Maßnahme, die die Freiheit der Menschen einschränkt, auch wirksam ist. Omikron hat gezeigt, dass die Impfung Ansteckungen nicht verhindert. Trotz hoher Infektionszahlen ist unser Gesundheitssystem - auch dank neuer Behandlungsmethoden - nicht überlastet. Vor diesem Hintergrund und in der Abwägung der unterschiedlichen Belange kann ich einer Impfpflicht nicht zustimmen. Diese Haltung Teile ich mit der Mehrheit unserer Landesgruppe BW. Darüber habe ich mich auch mit SWR Aktuell unterhalten.



→ Statement zur Impfpflicht von Judith Skudelny, Auszug aus Ihrem Facebook-Profil

Die Mitglieder der Stuttgarter FDP zeigten sich überwiegend skeptisch in Bezug auf die allgemeine Impfpflicht. Besonders die Frage, ob ein derart weitreichender Eingriff in die körperliche Unversehrtheit überhaupt gerechtfertigt sei, wenn die Corona-Impfstoffe anders als beispielsweise bei der Pocken-Impfung nicht in der Lage seien, das Virus auszurotten, beschäftigte die Runde. Außerdem sei nach wie vor unklar, wie viele Booster-Impfungen am Ende überhaupt erforderlich sein würden. Es kam daher der Vorschlag auf, ein mögliches Gesetz an eine nachgewiesene Effektivität der Impfstoffe zu koppeln. Zweifel bestanden auch daran, wie eine flächendeckende Überwachung des Impfstatus überhaupt gewährleistet werden könne und ob die drohenden Bußgelder tatsächlich dafür sorgen würden, dass Menschen sich entgegen großen Bedenken impfen lassen. Ferner wurde vor einer weiter vorangetriebenen Spaltung der Gesellschaft gewarnt. Die Befürworter einer Impfpflicht, sowohl ab 18 als auch 50 Jahren, wiesen darauf hin, dass die Pandemie und die weiterhin große Gefahr schwerer Krankheitsverläufe eine systematische Reaktion erfordern würden. Eine allgemeine Impfpflicht sei eine solche. Die Impfung helfe generell, das Infektionsrisiko zu verringern und Krankheitsverläufe zu mildern. Damit sei die Impfpflicht das angemessenere Mittel gegenüber weitreichenden Lockdowns oder umfassenden Maßnahmen wie Maskenpflicht und 2- oder 3-G-Zugangsbeschränkungen.

Judith Skudelny bedankte sich bei den zahlreichen Teilnehmern für den munteren und respektvollen Austausch: „Ich habe in alle Richtungen neue Argumente mit auf den Weg bekommen. Auch wenn das Thema droht, die Gesellschaft zu spalten und zu emotionalisieren, ist es nicht dazu geeignet, die FDP zu spalten. Wir können weiterhin vernünftig miteinander diskutieren, auch wenn wir an der einen oder anderen Stelle anderer Meinung sind.“

Veranstaltung mit Jens Teutrine MdB

Dajana Hummel
Beisitzerin im Kreisvorstand

Wer am Ende mehr gerade Linien als Berge auf dem Blatt hat, hat es in der Regel einfacher das Aufstiegsversprechen einzulösen.“ **Jaana Espenlaub** (Arbeiterkind.de) bringt die Teilnehmenden spielerisch zum Nachdenken. Sie stellt dem Publikum verschiedene Fragen zu ihrem Werdegang und ihrer Lebenssituation. Denn oft vermutet man gar nicht, welche Umstände zum Hindernis werden können – jedenfalls tendenziell. Bei Zustimmung zeichnen die Probanden eine Linie, wenn sie die Aussage verneinen, einen Berg. Die erstaunlich unterschiedliche Bilder stehen für sehr individuelle Startbedingungen. Die soziale Herkunft entscheidet nicht nur oft darüber, welchen Bildungsweg Menschen einschlagen. Auch fehlende Zugänge zu Netzwerke und Finanzen sind ein häufiger Grund für strukturelle Benachteiligung. Ein paar wachrüttelnde Zahlen präsentiert sie gleich mit. Beide sind sich einig, dass man möglichst früh mit Fördermaßnahmen ansetzen sollte, um Benachteiligungen zu reduzieren. Arbeiterkind.de versteht sich als türöffnendes, chancengebendes Netzwerk, dass durch Vorbilder alte Muster aufbricht. So leben die vielen Ehrenamtlichen vor, dass es geht und wie es geht. Sozialer Aufstieg macht nämlich auch einsam, denn man verlässt seine soziale Gruppe. Häufig sind „soziale Aufsteiger“ die ersten aus ihrer Familie, die einen ausgedehnteren Bildungsweg verfolgen, die ein Studium abschließen oder gar promovieren. Allein der finanzielle Aspekt solcher Werdegänge führt nicht selten zu Unverständnis, um nur einen Reibungspunkt zu nennen. Dass man trotz weniger optimaler Voraussetzungen im Bundestag für die Freien Demokraten einziehen kann, hat **Jens Teutrine** im vergangenen Herbst bewiesen. Vielleicht ist es auch gerade seine soziale Herkunft, die ihn so authentisch, so glaubwürdig macht, wenn er dazu spricht, wie sich das Aufstiegsversprechen mit Leben füllen lässt. Jens setzt sich für pragmatische Politik ein und nennt Vorstöße aus NRW. Mit über 4.000 zusätzlichen Stellen 2022 und dem Konzept der Talentschulen, wo von bereits 60 ihre Arbeit aufgenommen haben, nennt er ein Leuchtturmprojekt, dass dort ansetzt, wo Talent häufig weniger Beachtung findet: in sozial benachteiligten Stadtteilen. Wir danken unseren Referenten ganz herzlich für Ihre Einblicke und für Ihr gesamtgesellschaftliches Engagement.

Update zur Impfpflicht-Debatte

Judith Skudelny
MdB

Liebe Stuttgarter Mitglieder,

die Debatte um eine allgemeine Impfpflicht wurde in den letzten Wochen emotional, teilweise hitzig geführt. Wir in Stuttgart hatten im Februar ein gemeinsames Gespräch, in welchem wir das Für und Wider der unterschiedlichen Anträge besprochen haben. Bei der Abstimmung Anfang April wird es keinen Fraktionszwang geben. Ziel des Meinungsaustauschs war es daher, mir einen Eindruck von Ihrer, von Eurer Meinung zu diesem Thema mit nach Berlin zu nehmen. Nach vielen Gesprächen – auch mit vielen Mitgliedern individuell – habe ich mir nunmehr meine Meinung abschließend gebildet: Ich werde im April gegen eine Impfpflicht votieren.

Meine Hauptargumente gegen die allgemeine Impfpflicht – sowie gegen den „Kompromissantrag" von Dr. Andrew Ullmann et al (auch FDP) sind folgende:

- Die Omikron-Virusvariante hat gezeigt, dass eine allgemeine Impfpflicht den Geimpften nicht vor einer Ansteckung bewahrt.
- Damit kann die Impfung auch die Gesellschaft nicht vor einer Verbreitung des Virus schützen.
- Aus diesem Grund kann selbst eine allgemeine Impfpflicht nicht verhindern, dass trotz einer ausreichenden Immunisierung der Bevölkerung nicht freiheitsbeschränkende Maßnahmen ergriffen werden müssen, um das Gesundheitssystem zu schützen.

Das Ziel, eine Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden, ist aus meiner Sicht mit der Impfpflicht – in welcher Ausformulierung auch immer – nicht zu erreichen.

Diese Überlegungen habe ich abgewogen gegen den – wie ich finde – doch großen Eingriff in das Recht der körperlichen Unversehrtheit.

Hinzu kommen weitere Argumente wie die Unkontrollierbarkeit der Impfpflicht ebenso wie die Tatsache, dass diese nicht durchgesetzt werden kann, wenn sich Menschen nachhaltig weigern.

Nur zu Ihrer Information möchte ich ergänzen, dass mit mir über die Hälfte der Landesgruppe gegen eine Impfpflicht stimmen wird. Eine Mehrheit im Parlament für eine Impfpflicht ist nach aktuellem Kenntnisstand eher unwahrscheinlich.

Eine allgemeine Impfpflicht lehne ich zwar ab, die Impfung kann Sie aber vor schweren Verläufen schützen. Letztlich liegt es aber in der Verantwortung und der Entscheidung eines jeden Einzelnen, diesen Schritt zu gehen. Abschließend ein kleines Plädoyer:

Lassen Sie sich impfen!

Reboot der Bundeswehr: 100 Milliarden Euro für die deutsche Verteidigungsfähigkeit

Judith Skudelny
MdB

Putins schrecklicher Überfall auf die Ukraine hat uns auf dramatische Weise deutlich gemacht, dass militärische Stärke auch im 21. Jahrhundert kein Luxus, sondern notwendig ist. In den internationalen Beziehungen ist die militärische Abschreckung erneut ein Teilaspekt unserer Außenpolitik. Eigene Stärke ist die beste Versicherung, einen (rational handelnden) möglichen Aggressor davon abzuhalten, überhaupt anzugreifen. Putin konnte die Ukraine überfallen, weil sie kein NATO-Staat ist.

Unser Sicherheitsgefühl mit einer vermeintlich stabilen weltpolitischen Lage hat dazu geführt, dass wir den militärischen Teil unserer Außenpolitik vernachlässigt haben. Wir haben unsere Bundeswehr sehr lange kaputt gespart. Um ihre Einsatzbereitschaft ist es schlecht bestellt: Es fehlt an Material, und dort, wo doch Material vorhanden ist, ist es veraltet. So harsch es klingt: Damit die Bundeswehr im 21. Jahrhundert ankommt, müssen wir sie nicht aufrüsten, sondern überhaupt erst mal ausrüsten! Zudem sind viele Stellen in der Bundeswehr nicht besetzt, was ihre Handlungsfähigkeit zusätzlich schwächt.

Vor dem Hintergrund des Konflikts mit Putin haben sich die Ampelparteien SPD, Grüne und FDP deshalb darauf verständigt, eine vollausgestattete, einsatzbereite deutsche Armee zu schaffen. Es ist schon erstaunlich, wenn der Bundeskanzler es „Zeitenwende“ nennt, die Bundeswehr so auszustatten, dass sie ihren verfassungsmäßigen Auftrag tatsächlich wahrnehmen kann.

Bundesfinanzminister **Christian Lindner** wird ein Sondervermögen für die Bundeswehr von 100 Milliarden Euro bereitstellen. Die Mittel werden in notwendige Investitionen und Rüstungsvorhaben der Bundeswehr fließen: bessere Ausrüstung, modernes Einsatzgerät, mehr Personal. Ein wesentlicher Anteil der Ausgaben wird auf den Kauf von Großgeräten entfallen. Unmittelbar nach der Entscheidung hat sich die Bundeswehr für den Kauf von 35 Tarnkappenjets des Typs F-35 ausgesprochen, mit dem zugleich die Bündnisfähigkeit der NATO gestärkt wird.

Das Sondervermögen ist die Zusicherung, dass das Geld bereitgestellt wird, wenn die Ausgaben erforderlich sind. Die FDP rüttelt explizit nicht an der Schuldenbremse. Solide Finanzen sind für Deutschlands Zukunft unerlässlich. Aufgrund des desolaten Zustands der Armee ist das Sondervermögen jedoch erforderlich. Wir wollen dieses „Sondervermögen Bundeswehr“ durch das Grundgesetz absichern, sodass die Mittel trotz wechselnder Parlamentsmehrheiten nicht für andere Zwecke umgewidmet werden können. Es dient ausschließlich dem Aufbau einer leistungsstarken Truppe. Durch die Verankerung im Grundgesetz wird das Sondervermögen nicht auf die Schuldenbremse angerechnet.

Neben dem Sondervermögen haben wir uns darauf geeinigt, dass der deutsche Verteidigungsetat von nun an mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen soll. Für unsere vergleichsweise geringen Verteidigungsinvestitionen haben uns unsere NATO-Partner, allen voran die USA, lange kritisiert. Die Ampel sorgt dafür, dass wir erstmals die NATO-Quote erfüllen. Die alte Bundesregierung hatte diese Vorgabe 2014 auf dem NATO-Gipfel in Wales beschlossen, aber nie umgesetzt.

Der russische Überfall auf die Ukraine hat zu einer Zäsur in der deutschen Sicherheitspolitik geführt. Jahrzehnte lange

Grundsätze deutscher Politik werden hinterfragt und überarbeitet. Deutschland kann die Ukrainer nur unzulänglich in ihrer Verteidigungsfähigkeit unterstützen, weil unser eigenes Material zu alt oder nicht ausreichend vorhanden ist. Dieser Umstand hat letztlich auch die anderen Parteien davon überzeugt, dass wir als ebenso selbstbewusstes wie starkes Land der europäischen Mitte auch eine funktions- und leistungsfähige Bundeswehr benötigen.

Informationen über die nukleare Sicherheit

Als Fachpolitikerin möchte ich Ihnen einige Informationen aus der Sondersitzung des Umweltausschusses zur Nuklearen Sicherheit in der Ukraine mitgeben. Immer wieder haben uns in den vergangenen Wochen besorgniserregende Nachrichten über russische Angriffe auf ukrainische Atomkraftwerke erreicht. Anfang März standen Teile des größten Atomkraftwerks in Europa - Saporischschja - in Flammen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Internationalen Atomenergie-Organisation und des Bundesamts für Strahlenschutz sehen derzeit keine Gefahr für Deutschland. Eine folgenschwere Situation wie nach dem schweren Reaktorunglück in Tschernobyl 1986, als nach einer Kernschmelze eine hochgiftige radioaktive Wolke über weite Gebiete Europas zog, ist aufgrund der unterschiedlichen Reaktortypen diesmal nicht zu befürchten. Die radiologischen Lagezentren beobachten die Lage natürlich intensiv und wären dank umfangreicher Messvorgänge in der Lage, mit ausreichend Vorlauf von bis zu zwei Tagen die Verteilung von Jodtabletten an die Menschen durch den Katastrophenschutz anzustoßen. Die Länder haben mit knapp 190 Millionen hoch dosierten Tabletten einen ausreichenden Vorrat. Von eine präventiven Maßnahme oder privater Anschaffung wird dringend abgeraten, da die Einnahmen von hoch dosiertem Jod ebenfalls eine gesundheitsschädigende Wirkung haben kann.

Sukzessive zur Normalität zurückkehren: Das neue Infektionsschutzgesetz

Judith Skudelny
MdB

Am 18. März 2022 haben wir mit der Ampel-Koalition das neue Infektionsschutzgesetz (IFSG) beschlossen.

Das bis dahin geltende Recht wurde im November 2021 verabschiedet, nachdem die Feststellung der epidemischen Lage auslief und die sich abzeichnende Ampel-Koalition neue Rahmenbedingungen der Pandemiebekämpfung setzen wollte. Damals hat die FDP ein „Ablaufdatum" in das Gesetz geschrieben: Am 19. März 2021 endet das Gesetz, allen von den Ländern verfassten Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung wäre die Rechtsgrundlage entzogen worden.

Über den Winter hinweg sind zwei Corona-Wellen über Deutschland hinweggefegt – zum einen die Delta-Variante. Diese zeichnete sich durch eine mittelmäßige Ansteckung, jedoch schwere Verläufe aus. Im Anschluss kam die noch heute grassierende Omikron-Variante. Sie scheint den Impfschutz weitestgehend zu ignorieren, ist hoch infektiös, aber in deutlich geringerem Maß aggressiv. Die neue Virusform hat gezeigt, dass ein Zusammenhang zwischen der Anzahl der Infizierten und einer Belastung des Gesundheitssystems nicht zwingend besteht.

Da das aktuelle IFSG nun ausläuft, wurden bereits im Februar die Gespräche zu Nachfolgeregelungen aufgenommen. Unsere Koalitionspartner gehören insgesamt eher zu denjenigen in der Gesellschaft, die gerne weitgehende Maßnahmen aufrechterhalten wollen. Oder wie Kretschmann einmal gesagt hat: „Ich bin eher so der Schließer!" So hat sich auch die Ministerpräsidentenkonferenz für weitreichende Befugnisse der Länder ausgesprochen, die ein „weiter so" im Umgang mit der Corona-Pandemie bedeutet hätten. Und das, obwohl gerade das Gesundheitssystem dank sinkender

Hospitalisierung und besserer Behandlungsmethoden aktuell gut mit der Pandemie zurechtkommt.

Für uns als Bürgerrechtspartei kein gangbarer Weg. Wir haben zwei Wahlversprechen abgegeben: Zum einen werden wir die Maßnahmen künftig nicht mehr von einem Hinterzimmertreffen wie der Ministerpräsidentenkonferenz diktieren lassen. Entscheidungen, die die Rechte der Menschen einschränken, darf das Parlament nicht nur abknicken, sondern muss sie selbst treffen. Zum anderen haben wir immer das Ziel der Maßnahmen im Blick gehabt: die vulnerablen Personen und das Gesundheitssystem zu schützen.

In den Gesprächen sind beide Haltungen – die der „Schließer" und wir als Bürgerrechtler – aufeinander gestoßen. In einigen Punkten konnte schnell eine Einigung erzielt werden: beim Schutz der vulnerablen Personengruppen in Pflegeheimen und Krankenhäusern. Ganz klar durchsetzen konnten wir uns bei den Punkten, an denen das normale Leben für unsere Kinder wieder möglich sein muss. Schulschließungen und Maskenpflichten an den Schulen wird es künftig nicht mehr geben.

In den übrigen Bereichen konnten wir gute Ergebnisse und Erfolge für uns erzielen. Künftig wird es keine Kontaktbeschränkungen im privaten oder öffentlichen Raum mehr geben. Gastronomie und Kulturbetriebe können nicht mehr geschlossen werden. Es gibt keine Pflicht mehr zum Homeoffice, 3G am Arbeitsplatz entfällt. Auch die Maskenpflicht gilt nicht länger als allgemeine Schutzmaßnahme der Länder – was zugleich bedeutet, dass Masken natürlich weiterhin getragen werden dürfen.

Dennoch wird es den Ländern möglich sein, sogenannte Hotspot-Regelungen zu treffen. Jedoch nur dann, wenn eines der oben genannten Ziele des IFSG in Gefahr ist, wenn eine neue, hochmorbide Variante des Corona-Virus auftritt oder die Gefahr einer regionalen Überlastung des Gesundheitssystems.

Das Gesetz hat Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann ausformuliert. Dem Gesundheitsminister schmeckt es jedoch in der ausgehandelten Version nicht. Er pocht insbesondere darauf, dass die Ministerpräsidenten ganze Bundesländer einfach als Hotspot deklarieren können. Ganz so einfach wird es jedoch nicht gehen, die Hürden zur Erklärung eines Hotspots sind hoch. So braucht es neben der Erfüllung von objektiven Kriterien auch die Zustimmung der Länderparlamente.

Die Aussagen von Karl Lauterbach in der Öffentlichkeit stehen damit dem Gesetzestext entgegen.

Auch das jetzt beschlossene Infektionsschutzgesetz ist übrigens befristet – bis zum 23. September 2022. Auch wenn wir alle hoffen, dass wir das leidige Thema Corona ein für alle Mal auf den Dachboden der Geschichte verbannen können, ist keineswegs ausgeschlossen, dass wir uns schon im Herbst erneut mit dem Gesetz beschäftigen dürfen – oder müssen.

Liberal für Stuttgart und das Land

Friedrich Haag
MdL

Der Ukraine-Krieg und das Land

Der Krieg in der Ukraine hat uns in dramatischer Weise gezeigt, wie brüchig Frieden in Europa sein kann. Die Freien Demokraten im Landtag Baden-Württemberg haben sich solidarisch mit der Ukraine gezeigt. In der ersten Sitzung nach Kriegsbeginn hat die FDP/DVP-Fraktion in einem interfraktionellen Antrag gemeinsam mit CDU, SPD und den Grünen den militärischen Angriffskrieg Russlands gegen einen souveränen Staat als eklatanten Bruch des Völkerrechts verurteilt. Wir haben die Landesregierung darin aufgefordert, den Kommunen jetzt unbürokratische Möglichkeiten an die Hand zu geben, die Menschen zu verteilen und zu integrieren.

Bei Fragen der Sicherheit und Energieversorgung ist jetzt Umdenken gefragt: Der Krieg in der Ukraine hat uns vor Augen geführt, dass unsere Abhängigkeit von Energie- und Lebensmittelimporten viel zu groß ist. Auch die Landesregierung muss sich den Auswirkungen der Krise stellen und jede Option der Energieversorgung ernsthaft prüfen, um unabhängiger von russischem Gas zu werden. Angesichts der Spritpreis-Explosion steht auch die Logistikbranche vor existenziellen Herausforderungen: Gerade in Krisenzeiten müssen wir dafür sorgen, dass die Logistikketten am Laufen gehalten werden können – sonst stehen bald die Werkhallen und auch die Kühlschränke leer.

Wir müssen jetzt unsere eigenen energiepolitischen Wunschvorstellungen an die neuen Realitäten anpassen und pragmatisch eine gesamteuropäische Energiepolitik vorantreiben. Mit jahrzehntealten Methoden wie Tempolimits und autofreien Sonntagen – wie von der Umweltministerin Walker zur Verringerung des Kraftstoffverbrauchs vorgeschlagen – kommen wir nicht weiter. Stattdessen fordern wir von der Landesregierung, die Weichen für die Transformation unserer Energieversorgung hin zu einer energiepolitisch freien und klimaneutralen Zukunft zu stellen. Das kann nur gelingen, indem wir den Wechsel von fossilem Erdgas zu klimafreundlichen E-Fuels und Wasserstoff nun entschlossener denn je vorantreiben.

→ Der Landtag zeigt Flagge für die Ukraine

Technologieoffenheit bei Bosch

Weltweit ist Baden-Württemberg für seine leistungsstarke Automobil- und Zuliefererindustrie bekannt. Damit uns der Spurwechsel in Richtung Zukunft gelingt, setzen die weltweit rund 80.000 Mitarbeiter von BOSCH Powertrain Solutions auf Technologieoffenheit. Mit unserem Fraktionsvorsitzenden **Dr. Hans-Ulrich Rülke** und dem verkehrspolitischen Sprecher der Fraktion, **Dr. Christian Jung**, besuchte ich den BOSCH-Produktionsstandort in Stuttgart-Feuerbach. Unser Gastgeber vor Ort war **Dr. Uwe Gackstatter**, der Vorsitzende des Bereichsvorstands der Antriebssparte.

Bei unserem Besuch ist einmalmehr deutlich geworden: Mit Wasserstoff, Brennstoffzellen und synthetischen Kraftstoffen sichern wir Arbeitsplätze und Wohlstand im Land und leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur klimafreundlichen Mobilität von Morgen. Große Einigkeit bestand auch darin, dass der regulatorische Rahmen der EU von zentraler Bedeutung ist. Neben den Stichworten wie Euro 7 geht es vor allem zentral um die Umsetzung der WHO-Vorschläge zur Luftqualität. Würden diese 1:1 umgesetzt, stünden umfassende Fahrverbote auch für lokal emissionsfreie Fahrzeuge an, das Schließen der Produktion und das Verbot konventioneller Heizungen. Von großer Bedeutung ist aber auch eine Anpassung des regulatorischen Rahmens für alternative Kraftstoffe, damit diese in den Markt gebracht werden können und es Freigaben der Hersteller gibt.

Wie Klimaschutz beim Tanken beginnt, konnten wir an der Werkstankstelle von Bosch erleben. Hier kann ein Kraftstoff namens Blue Gasoline getankt werden, der zu 33 % aus erneuerbaren Rohstoffen besteht und eine CO_2-Ersparnis von 20 % gegenüber herkömmlichem Benzin bringt. Für dieselbetriebene Fahrzeuge nutzt Bosch schon länger ausschließlich R33 Blue Diesel. Für einen wirksamen Klimaschutz ist es wichtig, dass diese und weitere synthetische Kraftstoffe schnellstmöglich auch an normalen Tankstellen angeboten werden können.

Verwurzelt im Heimatland des Verbrennungsmotors ist BOSCH Powertrain Solutions ist ein leuchtendes Beispiel für den technologieoffenen Erfindergeist unserer Ingenieure. Bei unserer Arbeit im Landtag von Baden-Württemberg sind wir überzeugt: Der Tatendrang unserer Ingenieure darf nicht erstickt werden. Wir wollen Wirtschaft, Gesellschaft und Klimaschutz miteinander verbinden und der Vielfalt der Menschen eine Vielfalt der Mobilitätsformen zu Seite stellen.

→ Dr. Uwe Gackstatter (links) mit Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL, Friedrich Haag MdL und Dr. Christian Jung MdL

→ Der Kraftstoff Blue Gasoline besteht zu 33 % aus erneuerbaren Rohstoffen

→ Klimaschutz beim Tanken: an der Werkstankstelle von BOSCH

Wohnraumpolitik braucht Neustart

Als wohnungsbaupolitischer Sprecher der Fraktion konnte ich in der Plenardebatte „Wohnraum schaffen – bezahlbar, nachhaltig, innovativ“ erstmals in einer längeren Rede unsere liberalen Forderungen schildern und die aktuellen Klein-Klein-Projekte der Landesregierung kritisieren. Es ist schön, wenn Prämien an Kommunen dazu beitragen, dass 60 Wohnungen wieder vermietet werden. Auch die höhere Zahl an Sozialwohnungen, die 2021 erstellt bzw. umgewandelt wurden, bringt einigen Menschen einen neuen Wohnraum. Der Haken: Soziale Wohnraumförderung betrifft lediglich ein Prozent aller Wohnungen im Land. Die eigentlichen Herausforderungen werden vom neuen Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen übersehen: Explodierende Baukosten und hohe Grunderwerbsteuer; Material- und Fachkräftemangel; fehlende Bauflächen in den Städten sowie eine Überbürokratie für Bauherren und Vermieter. Es kann nicht sein, dass sich selbst mittlere Einkommen in Ballungsgebieten keine Wohnung mehr leisten können, vom Hauskauf ganz zu schweigen. Wohnraum muss auch für junge Familien finanzierbar sein.

Wir brauchen in der Wohnraumpolitik für Baden-Württemberg einen grundlegenden Neustart. Ein Jahr mit dem neuen Ministerium zeigt, dass nicht neue Strukturen, sondern nur Ideen und mehr Mut zum Anpacken die Probleme in den Griff bekommen. Was ist zu tun? Wir müssen vorhandene Bauflächen effizienter nutzen. Konkret: Nachverdichten über Dachaufstockungen, Überbauung von Parkplätzen, Umwandlung von nicht benötigten Gewerbeflächen und auch mutiger in die Höhe bauen, wenn es dem Mikroklima vor Ort nicht schadet. Ultima Ratio sind jedoch Neubauflächen. Wir fordern außerdem die Grunderwerbsteuer auf 3,5 % abzusenken. Zudem sollten wir immer auf Ideen und Kapital privater Investoren zurückgreifen. Wir können nicht erwarten, dass Unternehmen in Wohnraum investieren, wenn ihnen ständig Steine in den Weg gelegt werden. Also weg mit Umwandlungs- und Zweckentfremdungsverboten und starren Mietpreisregelungen!

→ Plenardebatte Anfang Januar zum Thema Wohnraumbeschaffung in Baden-Württemberg

Sichere Stromversorgung gewährleisten

Neugereut, Dürrlewang, Möhringen, Bad Cannstatt, Ost, Mühlhausen – in diesen Gebieten fiel in der letzten Zeit öfters der Strom aus. Insgesamt 49 Stromausfälle gab es im Jahr 2021 im Stuttgarter Mittelspannungsnetz. In Neugereut ging sogar 45 Minuten lang nichts mehr. Deshalb habe ich eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt: Wie viele Stromausfälle gab es in den letzten fünf Jahren in der Landeshauptstadt? Wie steht es tatsächlich um die Leistungsfähigkeit und den technischen Standard unserer Netz- und Speicherinfrastruktur? Die Antworten von Umweltministerin Thekla Walker zeugen vom Desinteresse am Thema: Eine detaillierte Statistik für die Landeshauptstadt kann sie nicht liefern – weder für den Stromverbrauch in den letzten Jahren, noch für den Strombedarf in den kommenden 20 Jahren. Stattdessen wird die Verantwortung auf die regionalen Netzbetreiber umgewälzt. Wenn man nicht weiß, wie gut das Stromnetz tatsächlich auf Ausfälle reagieren könnte, riskiert man die Versorgungssicherheit in der Landeshauptstadt. Wir sind in Baden-Württemberg aktuell zu rund einem Viertel von Stromimporten abhängig – und der Anteil wird steigen, wenn etwa Neckarwestheim II mit gesicherter Leistung Ende des Jahres stillgelegt wird. Daran werden auch die geplanten 1.000 Windräder nichts ändern, die in den kommenden vier Jahren im Staatswald gebaut werden sollen. Mein Appell: In Stuttgart und im Land sind Erzeugungskapazitäten erforderlich, um jederzeit eine Nachfrage bedienen zu können. Ebenso braucht es ein leistungsfähiges Netz, das Stromerzeugung, -speicherung und -verbrauch optimal miteinander verbindet.

Das politische Berlin ruft

Gleich zweimal war ich 2022 in der Bundeshauptstadt, zuerst im Januar mit dem Fraktionsarbeitskreis Verkehr bei einem Antrittsbesuch im Bundesverkehrsministerium. Wir trafen Staatssekretär **Michael Theurer**, der wenige Tage zuvor zum Bahnbeauftragten der Bundesregierung ernannt worden war. Anschließend ging's ins Bundesfinanzministerium, zu einem Austausch mit **Christian Lindner** und **Florian Toncar**.

→ Bundesversammlung Berlin: Gruppenfoto der wahlberechtigten FDP-Abgeordneten aus Baden-Württemberg

→ Am Rande der Bundesversammlung traf ich Christian Lindner

Am 13. Februar ging es dann ein zweites Mal los Richtung Hauptstadt zur Wahl des Bundespräsidenten. Ich hatte die Ehre, einer von 94 Wahlleuten aus Baden-Württemberg Mitglied der Bundesversammlung zu sein. Bereits am Vorabend hatte Ministerpräsident **Kretschmann** zu einem Empfang in die Landesvertretung am Tiergarten eingeladen. Bei der feierlichen Veranstaltung im Paul-Löbe-Haus stimmte ich für Amtsinhaber **Frank-Walter Steinmeier**. Mit seiner Antrittsrede und seinem Plädoyer für gesellschaftlichen Zusammenhalt hat er bewiesen, dass er des Amtes würdig ist. Neben Landespolitikern vertraten unser Bundesland bei der Wahl auch prominente Bürger wie Bundestrainer **Hansi Flick**, Soulsängerin **Joy Denalane**, Astronaut **Alexander Gerst** oder die Leiterin des Lindenmuseums, **Inés de Castro**.

Fahrverbote aufheben

Als die Diesel-Fahrverbote für Stuttgart eingeführt wurden, waren wir Liberale mit die Ersten, die dagegen protestierten und Veranstaltungen organisierten. Umso mehr sollten wir nun für die Aufhebung kämpfen, weil die CO_2-Grenzwerte eingehalten werden. Laut Regierungspräsidium und Verkehrsministerium soll dies so bleiben. Dazu haben viele Maßnahmen geführt, wie zu Beispiel die Modernisierung der Fahrzeugflotten oder Luftfiltersäulen an den Ausfallstraßen. Der Verkehrsminister schreibt den Erfolg natürlich primär seinen Fahrverboten zu, die er deshalb auch aufrechterhalten will. Ich habe **Winfried Hermann** aufgefordert, die streckenbezogenen Sperrungen im gleichen Tempo aufzuheben wie er sie eingeführt hat. Nehmen wir zum Beispiel Balingen als Vorbild: Dort gibt es schon länger keine Fahrverbote mehr und die CO_2-Werte sinken trotzdem. Ich finde: Die Diesel-Fahrverbote sind nur grüne Verkehrsideologie durch die Hintertür. Was Stuttgart wirklich vom Durchgangsverkehr entlasten würde, wäre die Nord-Ost-Umfahrung. Auch dafür sollten wir uns als FDP in Stadt, Region und Land weiterhin einsetzen.

➜ Am Neckartor: Noch immer gilt hier das Diesel-Fahrverbot

Für eine sichere Innenstadt

Knapp zwei Jahre nach der Stuttgarter Krawallnacht 2020 sind die Nachbeben für die Sicherheit in der Innenstadt immer noch sichtbar. Wegen der Vorfälle auf dem Kleinen Schlossplatz habe ich schon Anfang Dezember 2021 eine mündliche Anfrage an Innenminister **Thomas Strobl** gestellt. Noch ehe er im Landtag Antwort geben konnte, gab es weitere Zwischenfälle sowie eine umfangreiche öffentliche Berichterstattung und Diskussion. Eine aktuelle Antwort der Landesregierung auf meine Kleine Anfrage zur Sicherheitslage im City-Ring zeigt außerdem: Die Zahl der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung ist leider nicht zurückgegangen. Statt die Problematik anzuerkennen, rühmt sich der Innenminister mit einem allgemeinen Rückgang an Vorfällen in den letzten beiden Jahren, der aber vor allem durch die Pandemielage begründet ist. Für mich ist klar: Jeder sexuelle Übergriff ist einer zu viel! Der Innenminister muss dafür Sorge tragen, dass das nicht mehr zum Alltag in Stuttgart gehört.

Das Land bestätigt auch, dass die meisten ermittelten Straftäter nicht in Stuttgart leben. Im Jahr der Krawallnacht waren es sogar rund 72 Prozent. Die Sicherheitspartnerschaft sollte das Land daher auch auf die umliegenden Landkreise ausweiten. Kopfschütteln verursacht bei mir die Ankündigung einer Videoüberwachung am Schlossplatz ab Mai – diese wird nicht für mehr Sicherheit sorgen, weil sich die Gruppen dann an anderen Plätzen treffen werden. Auch eine flächendeckende Videoüberwachung lehne ich ab.

Wir brauchen aber nicht nur Polizei und Ordnungsamt, sondern auch Freizeitangebote für die jungen Leute in Stuttgart sowie in ihren Heimatgemeinden im Umland. Ich bin gespannt, was die Veranstaltungen und Konzerte bewirken, die noch bis Ende Juni immer von Donnerstag bis Samstag auf dem Kleinen Schlossplatz stattfinden. Wenn wir eine ‚Geisterstadt Stuttgart' verhindern wollen, dürfen wir auch Händler und Gastronomen mit dem Sicherheitsproblem vor Ort nicht alleine lassen. Denn keiner begibt sich gerne abends in die Innenstadt, wenn man die eigene Sicherheit in Gefahr sieht.

Gerade in diesen Krisenzeiten sollten alle Akteure an einem Strang ziehen. Der Stuttgarter Schlossplatz darf nicht das gleiche negative Image bekommen wie einst das Neckartor als „dreckigste" Straße Deutschlands.

➜ Der Kleine Schlossplatz muss ein attraktiver und sicherer Ort bleiben

Bericht der FDP-Gemeinderatsfraktion

Liebe Mitglieder,
liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

die intensiven Haushaltsplanberatungen liegen nun hinter uns, dennoch bleibt es im Rathaus spannend. Im ersten Viertel des Jahres haben wir uns bereits mit vielen diversen Themen auseinandergesetzt, so z. B. mit dem Beitritt zur Städteinitiative Tempo 30, der Stärkung der Jugendbeteiligung in der Kommunalpolitik, der Zukunft des Stuttgarter Waldes u. v. m.

In der Gemeinderatssitzung am 3. Februar 2022 haben die Fraktionen GRÜNE, SPD, FrAKTION und PULS eine Mehrheit für den Beitritt zur „Städteinitiative Tempo 30" erreicht.

Wir Freien Demokraten im Rathaus begrüßen ausdrücklich, dass den Kommunen mehr Spielraum und Flexibilität in der Umsetzung von Tempo 30 zugesprochen werden soll, zumal sie selbst am besten wissen, wo dies sinnvoll sein kann und zur Sicherheit beiträgt. Den Beitritt zur Initiative sehen wir jedoch kritisch, da sie Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit fordert. Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit stellt eine Regelumkehr dar und es müsste jede Ausnahme für Tempo 40 oder Tempo 50 im Einzelfall beschlossen werden. Das bedeutet eine Einführung eines flächendeckenden Tempo 30 durch die Hintertür. Wir werden die Entwicklungen diesbezüglich aufmerksam verfolgen und uns dafür einsetzen, dass in Stuttgart Tempo 30 nur dort eingeführt wird, wo es denn auch Sinn macht.

Ein weiteres Thema, mit dem wir uns befasst haben, ist die Durchführung des 82. Frühlingsfestes. Ende Januar war noch nicht klar, in welchem Umfang und ob überhaupt eine Durchführung des Frühlingsfestes möglich ist. Diese Planungsunsicherheit stellte vor allem die größeren Bierzeltbetreiber aber auch die Schausteller und Marktgastronomen vor erhebliche finanzielle Risiken. Wir haben daher einen Antrag gestellt und bei der Verwaltung den Planungsstand angefragt und gefordert, dass der Wirtschaftsausschuss bezüglich des Vorgehens in der Entscheidungsfindung zum Frühlingsfest informiert und einbezogen wird. Erfreulicherweise hat sich zwischenzeitlich die städtische Veranstaltungsgesellschaft in.Stuttgart für die Durchführung eines „Frühlingsfests light" ausgesprochen und auch die Stadtverwaltung hat nun dafür „grünes Licht" gegeben. Wir freuen uns auf das Frühlingsfest und sind nach zwei herausfordernden Pandemiejahren hoffnungsvoll, dass es die Rückkehr zur Normalität einläutet.

Auch die Situation am Kleinen Schlossplatz war auf unserer Agenda. Der Kleine Schlossplatz ist, insbesondere seit der Corona-Pandemie, Anziehungspunkt für viele junge Menschen nicht nur aus Stuttgart, sondern aus der gesamten Region, was immer wieder auch zu Beschwerden führt. Mehr Kontrolle oder Videoüberwachung halten wir – im Gegensatz zu anderen Ratsfraktionen – in diesem Zusammenhang nicht für zielführend, sondern erachten vielmehr Maßnahmen wie zum Beispiel die kulturelle Belebung und Bespielung (auch durch kommerzielle Nutzung) des Kleinen Schlossplatzes – beispielsweise das „Genussplätzle, das sich letztes Jahr hierbei als erfolgreich erwiesen hat – für den richtigen Ansatz. Wir haben daher einen Antrag an die Verwaltung gestellt und unter anderem nach dem derzeitigen Sachstand eines Gesamtkonzepts zur Belebung beziehungsweise Bespielung des Kleinen Schlossplatzes angefragt.

→ v. l. n. r. Die Stuttgarter FDP-Gemeinderäte Dr. Matthias Oechsner, Sibel Yüksel, Eric Neumann, Doris Höh und Armin Serwani

Um ein besseres Verständnis für die vielseitigen Herausforderungen des Stuttgarter Nachtlebens zu bekommen, haben wir uns außerdem mit dem Stuttgarter Nachtmanager-Duo **Andreas Topp** und **Niels Runge** ausgetauscht. Bei diesem Gespräch haben wir vor allem eines gelernt: die Gestaltung eines attraktiven und harmonischen Nachtlebens ist eine komplexe Mammut-Aufgabe jenseits von platten „Law and Order"-Maßnahmen. Wir haben unseren Nachtmanager dabei unsere volle Unterstützung zugesprochen und wünschen ihnen viel Erfolg.

Besorgnis löst bei uns das Thema der fehlenden Kapazitäten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie aus. Schließlich leiden unter den Folgen der Corona-Pandemie vor allem Kinder und Jugendliche, die ihren alltäglichen Gewohnheiten und geregelten Abläufen nicht bzw. nicht mehr, wie in der Zeit vor der Pandemie nachgehen können.

Fehlende soziale Interaktionen mit Gleichaltrigen, Isolation, Aussichtslosigkeit und Zukunftsängste führen bei vielen Kindern und Jugendlichen zu enormen (psychischen) Belastungen, u. a. zu Depressionen, Angstzuständen und Suizidalität. Bereits vor der Corona-Pandemie mangelte es in der (Kinder- und Jugend-) Psychiatrie an Kapazitäten. Die Corona-Pandemie hat die bestehende Situation nochmals drastisch verschärft, zumal UNICEF darauf verweist, dass die Corona-Pandemie noch viele Jahre Auswirkungen auf die Psyche von Kindern und Jugendlichen haben werde.

Wie uns berichtet wurde, würden allein in Stuttgart rund 150 Betten für eine stationäre Behandlung von Kindern und Jugendlichen in psychiatrischen Kliniken fehlen und es würde lange Wartezeiten geben. Vielen Kindern und Jugendlichen, die dringend stationär behandelt werden müssten, könne daher kein Behandlungsplatz angeboten werden.

Deshalb haben wir einen interfraktionellen Antrag an die Verwaltung gestellt. Wir sehen es als zwingend notwendig an, auch in Stuttgart zeitnah Angebote zu schaffen bzw. bestehende Angebote auszubauen, um die betroffenen Kinder und Jugendlichen sowie deren Familien in dieser schweren Zeit zu unterstützen.

Der Krieg in der Ukraine macht uns traurig und betroffen. Mit großem Unverständnis und Entsetzen stehen wir Putin und seinem Angriffskrieg gegenüber. Wir stehen in Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung und unsere Gedanken sind bei ihnen. Gemeinsam mit den anderen demokratischen Gemeinderatsfraktionen haben wir daher den interfraktionellen Antrag „Solidarität mit der Ukraine" mitgetragen und unterzeichnet.

Stuttgart steht vor neuen Herausforderungen. Wir werden diese weiterhin mit unseren liberalen Werten angehen um unseren Beitrag zu leisten, damit Stuttgart weiterhin eine weltoffene, tolerante und freiheitliche Stadt bleibt.

Der Wandel und …
Frauen auf der Flucht!

Susanne Winkler
Stv. Vorsitzende
Liberale Frauen BV Stuttgart

Der internationale Frauentag wird weltweit am 8. März gefeiert. Das Motto 2022: „Der Wandel ist weiblich".

Der Kampf der Frauen für Gleichberechtigung, Respekt, gleichen Lohn, das passive, vor allem jedoch das aktive Wahlrecht zu erlangen, dafür haben Frauen über viele Jahrzehnte hart gekämpft. Die persönliche Freiheit stand dabei über allem. Unabhängig werden, seinen eigenen Weg gehen zu können, ohne, dass man die Unterschrift und die damit verbundene Erlaubnis des Mannes oder des Vaters benötigt, wenn man heiraten, arbeiten, Autofahren oder ein eigenes Konto eröffnen möchte. Oftmals bis an die eigenen Grenzen gehend, sich gegen Regime und despotische Machthaber stellend, setzten die Frauen ihre Vorstellung von einem Miteinander auf Augenhöhe – Step-by-Step – mit einem langen Atem durch. Sie kämpften stets für eine bessere, friedlichere Welt, in der sie gleichermaßen einen fairen Platz für sich beanspruchen.

Viel wurde schon erreicht … doch reicht nun das Erworbene, der bisherige Wandel? Ist man am Ziel angekommen? Nein! Noch immer gibt es große Herausforderungen, in jeder Gesellschaft und weltweit … doch, – aktuell– zwingt gerade die politische Lage die Frauen wieder auf eine unvorstellbare Art und Weise „nach vorne zu gehen", sich kritisch mit der Realität auseinanderzusetzen und sich zu wandeln! Realität heißt in diesem Fall, Krieg auf europäischem Boden. Ukrainische Frauen verlassen mit einem kleinen Rucksack – denn damit kann man schneller laufen – einem Kind auf dem Arm oder an der Hand, die Heimat fluchtartig, um in Deutschland oder einem anderen europäischen Land Schutz und Sicherheit zu finden. Dabei geht es jetzt nicht nur um die persönliche Freiheit, es geht um die Sicherheit und das Leben in Freiheit für eine zukünftige Generation! Der stete

Gedanke und der Wunsch, wieder zurückkehren zu können, zurück in eine Gesellschaft, in der man aufgewachsen ist, der man sich verbunden fühlt, in die man wieder – mit der ganzen Familie, zusammen und nicht getrennt – eintauchen möchte, nährt die Kraft, die für diese Flucht – diesen plötzlichen Wandel – aufgebracht werden muss.

Die Stärke dieser Frauen ist gerade mit nichts zu vergleichen und fordert alle Frauen, ja, alle Menschen, zur Soli-

darität, Unterstützung und aktiven Hilfe auf. Der 8. März im Jahre 2022, ein Datum mit richtungsweisender Historie. Noch ist das Bewusstsein für das, was noch kommt, leider nicht bei jedem Bürger im Hier und Jetzt, dennoch, eine große Aufgabe, sprich, Herausforderung im Umdenken steht bevor. Wird sich der Krieg doch auf den Alltag spürbar auswirken. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten – und dies in sämtlichen Bereichen – gleichermaßen auch die notwendige, schnelle soziale Hilfe – ebenso in sämtlichen Bereichen – für die Schutzsuchenden, zwingt unsere Gesellschaft zu einer sofortigen Kehrtwende. Aus diesem, doch nicht nur allein aus diesem Grunde, ist es wichtig, sich einzubringen, Signale zu setzen und durch stummen wie auch hörbaren Protest ein Zeichen zu setzen. Immer wieder und nicht nachlassend! So, wie es auch Gabi Reich-Gutjahr, Kreisvorsitzende und liberale Frau, am Abend des „stummen" Protests, gegenüber den Medien äußerte. „Wir müssen weiter Zeichen setzen, solange dieser Krieg anhält". Den friedlichen „Aufschrei" – mit einem langem Atem – zu untermauern, der ein sofortiges Ende dieses barbarischen Krieges in der Ukraine fordert. Die Liberalen Frauen werden alle Aktionen, wo und wann immer es möglich ist, unterstützen und stets einen sichtbaren Beitrag für den Wandel und für den Frieden leisten.

> Wir können nicht erfolgreich sein, wenn die Hälfte von uns zurückgehalten wird.
>
> **Malala Yousafzai**
> Friedensnobelpreisträgerin und Kinderrechtsaktivistin aus Pakistan

Neuer Vorstand der Stadtgruppe Nord

Wolf Dieter Dallinger
Stadtgruppenvorsitzender Nord
Stv. Bezirksbeiratsvorsitzender Nord

In ihrer Sitzung am 16. März 2022 hat die Stadtgruppe Nord einen neuen Vorstand gewählt. Der bisherige Vorsitzende **Sascha Ehlert** trat nach mehreren Jahren in diesem Amt nicht mehr an. Die Stadtgruppe dankte ihm für seinen großen Einsatz und sein tolles Engagement in der schwierigen Zeit der Corona-Pandemie, in der mit der Landtagswahl im Frühjahr und der Bundestagswahl im Herbst 2021 zwei wichtige Wahlen unter erschwerten Bedingungen stattfanden. Bei der Bundestagswahl erreichten wir zusammen mit Birkach das beste Zweitstimmenergebnis aller Stadtbezirke in Stuttgart für die FDP. Zum Nachfolger als Vorsitzender wurde der bisherige Stellvertreter und stellvertretende Bezirksbeirat **Wolf Dieter Dallinger** gewählt. Stellvertretende Vorsitzende wurden **Dr. Markus Martin** und **Daniel Pfeiffer**, ein Vertreter der jungen Generation in der Partei. Den Vorstand komplett machen die vier Beisitzer, unsere Bezirksbeirätin **Angelika Barwasser**, **Frank Finzenhagen**, **Heike Henssler** und **Bernd Zimmermann** und der Kassenwart **Armin Serwani**, Stadtrat, Regionalrat und Ehrenvorsitzender der FDP Stuttgart.

Durch die Corona-Pandemie konnten wir viele geplante Veranstaltungen der letzten beiden Jahre nicht durchführen. Dies möchten wir jetzt nachholen. Ziele sind gemeinsame Besuche bei verschiedenen Vereinen und Einrichtungen im Stadtbezirk. Dabei steht der Austausch mit den Akteuren im Stadtbezirk ebenso im Mittelpunkt wie der Spaß an der Parteiarbeit und an gemeinsamen Aktivitäten. Eine unserer ersten Veranstaltungen wird ein Sommerempfang für die knapp 90 Mitglieder der Stadtgruppe und Vertreter von Vereinen und Einrichtungen sein. Für diese Veranstaltung konnten wir erfreulicherweise **Judith Skudelny MdB** und **Friedrich Haag MdL** als Gäste gewinnen.

Aktiv für den Mittelstand und Selbstständige

Frank Bantle
Pressesprecher LIM Baden-Württemberg e.V.

Warum treten Selbstständige, Unternehmer und Gründer in den Liberalen Mittelstand ein? Sie suchen Kontakte, vor allem aber eine Interessenvertretung. Weil in Corona-Zeiten nur wenige Veranstaltungen und Live-Begegnungen stattfinden konnten, hat der Liberale Mittelstand auch in Stuttgart seine Lobby-Funktion ausgebaut. Fragen und persönliche Erfahrungsberichte von Mitgliedern und externen Unternehmern rund um Corona-Hilfen, Kurzarbeitergeld und Insolvenzvermeidung wurden über die LIM-Kreisverbände gesammelt und dem Landesvorstand übergeben. Dieser sorgte dafür, dass die Anliegen zu Fachpolitikern bzw. in die zuständigen Ministerien gelangten.

„Als Vorfeldorganisation der FDP wollen wir uns nicht mit Institutionen wie IHK, Handwerkskammer und Unternehmerverbänden messen, die Rechtsberatung anbieten und festangestellte Fachleute beschäftigen“, berichtet LIM-Landesvorsitzender **Dr. Thilo Scholpp**. Die Stärke des Liberalen Mittelstands seien die Kontakte zu FDP-Politikern im Landtag und seit Dezember auch in die neue Bundesregierung. Oft habe man LIM-Mitgliedern binnen weniger Tage eine Rückmeldung auf ihre Fragen oder Probleme rund um Corona geben können.

100-Tage-Brief nach Berlin

Zum Start der Koalitionsverhandlungen in Berlin erstellte der LIM Ba-Wü Positionspapiere zu verschiedenen Themen wie Digitalisierung, Medizin oder Bauen & Wohnen. Diese wurden den zuständigen FDP-Politikern direkt in die Arbeitskreise übermittelt – als Argumentationshilfen. Und nach den ersten 100 Tagen Ampel konnten Mitglieder Wünsche an die 16 liberalen FDP-MdBs aus dem Ländle formulieren. So mahnten die Selbstständigen Defizite etwa bei der Aufzeichnungspflicht oder Überregulierung durch Normen an. Das Engagement der liberalen Vorfeldorganisation wurde belohnt: Trotz Pandemie gab es zahlreiche Neueintritte, auch im LIM-Kreisverband Stuttgart.

→ Aktiv für seine Mitglieder: Während der Corona-Phase gingen zahlreiche Briefe und Forderungen des LIM an Landes- und Bundespolitiker

→ Auch Stuttgarter LIM-Mitglieder besuchten die HasGo GmbH in Renningen und informierten sich über den Familienbetrieb

Vernetzung mit anderen Organisationen

Die Corona-Zeit hat das LIM-Team zudem genutzt, um neue Partnerschaften zu knüpfen. So etwa zu ATGIAD. Der Verein Europäisch-Türkischer Jungunternehmer in Stuttgart vereint Selbstständige mit türkischen Wurzeln. Neben einem Business-Dinner in der Landeshauptstadt besuchte eine LIM-Delegation die Firma des Vereinsvorsitzenden **Hasan Uzuner** in Renningen. Mit seinen 15 Mitarbeitern fertigt er CNC-Bauteile für Autohersteller und Zulieferer, aber auch Module für Wärmetauscher oder Gehäuse für High-End-Lautsprecher. Sein Großvater kam 1967 als Gastarbeiter nach Deutschland, der Vater gründete später ein Unternehmen. Hasan Uzuner setzt die Tradition fort. Inzwischen sind sogar zwei seiner Kinder als Azubis bei der HasGo GmbH beschäftigt.

→ LIM-Landesvorsitzender Dr. Thilo Scholpp mit dem Vorsitzenden von ATGIAD, Hasan Uzuner

LIM-NEWS

Wohnungsbaupolitik in Stuttgart

Hier plant der LIM-Kreisverband Stuttgart eine Veranstaltung mit Experten. Im Focus: Wie kann schneller und günstiger Wohnraum entstehen? Was sagen Experten zur Situation in der Region Stuttgart? Termin und Ort werden in Kürze auf www.lim-bw.de veröffentlicht.

Wirtschaftsdialog Ägypten

Am 13. Mai 2022 kommt eine hochrangige Delegation aus dem nordafrikanischen Land nach Esslingen zu Festo. Der LIM setzt seine Dialoge und Vorträge zu neuen Märkten für den BW-Mittelstand fort. Erwartet wird u. a. Dr. Hamid, Chefberater von Präsident as-Sisi. Einladungen sendet Ihnen der LIM gerne zu. Schreiben Sie an info@lim-bw.de oder rufen Sie an: 0711 96666536.

Neues aus dem AK Mobilität

Wolf Dieter Dallinger
Sprecher AK Mobilität

Deutlicher Mitgliederzuwachs

Der AK Mobilität ist einer jener Arbeitskreise, die bereits seit der vorhergehenden Vorstandsperiode bestehen, bisher unter dem Namen AK Verkehr. Das Kick-off-Treffen im November hat uns mehr als eine Verdoppelung der Mitgliederanzahl beschert: An unserer März-Sitzung nahmen dreizehn Liberale teil.

Sprecherwahlen

In unserer Januarsitzung haben wir die Sprecher für diese Vorstandsperiode gewählt. Der alte und neue Sprecher ist **Wolf Dieter Dallinger** (Nord), zu stellvertretenden Sprechern wurden **Dirk Weiske** (Vaihingen) und **Dominic Ludwig** (Nord) gewählt.

Gut vernetzt

Basis für die gute Arbeit eines Arbeitskreises ist die Vernetzung mit dem Kreisvorstand, Mandatsträgern und Ausschussmitgliedern. So fließen Informationen schnell und beständig zwischen den Mitgliedern des Arbeitskreises und den Entscheidern in Amt und Mandat.

Mit **Gabi Heise** (Regionalrätin), **Gabriele Reich-Gutjahr** (Kreisvorsitzende), **Armin Serwani** (Stadtrat und Regionalrat) und **Dirk Weiske** (Landesfachausschuss Verkehr) sind wir bestens aufgestellt. Dazu kommen mehrere Bezirksbeiräte.

Arbeitskreise stehen für alle Mitglieder offen, ob fachkundig, sachkundig oder einfach nur interessiert. Die Arbeit der Partei und der Mandatsträger profitiert von diesem Pool an Wissen. Mehrere Mitarbeiter aus dem Automobilbau und dem Bahnbetrieb sorgen für ein fachkundiges Fundament.

Nahverkehrsabgabe

Im Januar war unser großes Thema die Nahverkehrsabgabe und die Mobilitätsgarantie der Landesregierung. Die Mobilitätsgarantie strebt landesweit einen durchgehenden Verkehr mit Bus und Bahn von 5:00 bis 24:00 an. In der Stadt im 15-Minuten-Takt, auf dem Land im 30-Minuten-Takt.

Da die Landesregierung dies zwar vorschreiben, aber nicht bezahlen möchte, gibt sie den Kreisen das Instrument der Nahverkehrsabgabe an die Hand. Hier können Autohalter, Autofahrer oder alle Einwohner mit einer Abgabe belegt werden, mit der der Ausbau und der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs finanziert werden soll. Einig waren sich die Mitglieder des Arbeitskreises, dass Bus und Bahn vor allem in den Stuttgarter Außenbezirken ausgebaut werden sollen. Ein Ausbau zieht die Frage nach dessen Finanzierung nach sich.

Gemeinsam mit unserem für den Verkehr zuständigen Stadtrat Armin Serwani planen wir eine Veranstaltung für unsere Bezirksbeiräte zum Thema: Welche Verbesserungen im ÖPNV wünscht ihr euch für euren Stadtbezirk und für Stuttgart?

Fahrradverkehr

Im Februar waren der Fahrradverkehr und der Radwegebau in Stuttgart das große Thema. Hierzu möchten wir die Positionierung der FDP Stuttgart verbessern und Ende März ein Positionspapier erarbeiten.

Zu diesem Thema planen wir auch eine Veranstaltung ähnlich der zum ÖPNV-Ausbau: Welche Verbesserungen im Radwegebau und Radverkehr wünscht ihr euch für euren Stadtbezirk und für Stuttgart?

Auswirkungen von Putins Krieg auf den Verkehr

Im März haben uns Putins Angriffskrieg auf die Ukraine und dessen Auswirkungen auf den Verkehr beschäftigt. Es war eine interessante und stellenweise sehr lebhafte Diskussion. Zum einen über den kurzfristigen Umgang mit den kriegsbedingt hohen Preisen an den Tankstellen. Zum anderen über den mehr oder weniger langfristigen Weg aus der Abhängigkeit von fossilen Kraftstoffen und damit von Russland. Wer hätte gedacht, dass unser größter Lieferant von Gas und Erdöl unseren Klimaschutzbestrebungen solch einen Aufwind beschert?

Möge sich das erste Thema recht schnell zum Wohle der Menschen in der Ukraine erledigen. Das zweite Thema wird uns aber lange begleiten und in den nächsten Sitzungen wieder auf der Tagesordnung stehen.

Sie möchten mitmachen?

Super, wir freuen uns auf Sie! Ob vom Fach, mit Sachwissen oder einfach nur interessiert. Ob Lokomotivführer oder Ingenieur in der Automobilindustrie. Ob Mitglied in einem Bezirksbeirat oder ob Sie einfach am Thema Mobilität Interesse haben: Gestalten Sie die Politik der FDP Stuttgart in Sachen Mobilität mit!

Wir treffen uns einmal im Monat. Manchmal sind große Themen vorgegeben, der Arbeitskreis lebt aber vor allem von den Themen, die die Mitglieder mitbringen.

Melden Sie sich einfach beim Kreisgeschäftsführer **Jan-Ole Langemack** unter info@fdp-stuttgart.de.

thinkliberal.de

Bei uns finden Sie neben klassischen Werbemitteln, wie Stofftaschen, Aufklebern und Grußkarten, auch Artikel für Ihren Wahlkampf vor Ort. Dazu gehören u.a. Bauzaunbanner, Hohlkammer- oder Großflächenplakate. Unser Angebot umfasst außerdem Messe- und Kongressequipment, sowie Drucksachen, wie z.B. Tischaufsteller, Visitenkarten uvm. im aktuellen Design der Freien Demokraten und Jungen Liberalen.

Wir bieten Ihnen dabei die Möglichkeit bei einer Bestellung ein bereits vorhandenes Layout oder ein individuell für Sie gestaltetes Design auszuwählen. Die gesamte Abwicklung der Bestellung ist dabei immer inklusive.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch unserer Webseite!

Ihr Shop für FDP Werbemittel

BTW MARKETING | Inhaber: Michael Szopieray
Burgstraße 27 | 59368 Werne | Telefon: 0 23 89 / 9261-170
info@thinkliberal.de | www.thinkliberal.de

Die AK Digitalisierung hat sich neu aufgestellt

Christian Bernhardt
Vorsitzender AK Digitalisierung

Am 8. Februar 2022 fand die konstituierende Sitzung des Arbeitskreises Digitalisierung statt. Die Sitzung fand digital statt.

Ein großer Dank gebührt **Jan Kirchner**, der in den letzten zwei Jahren den AK als Vorsitzender erfolgreich geleitet hat.

Die anwesenden Mitglieder haben **Christian Bernhardt** als Vorsitzenden und **Falko Gogolla** zu seinem Stellvertreter gewählt. Der AK Digitalisierung trifft sich nun regelmäßig jeden zweiten Dienstag im Monat. Die nächste Sitzung findet somit am 12. April 2022 statt.

In den ersten Sitzungen wurden die Themenfelder festgelegt und bereits gut bearbeitet. Der AK beschäftigt sich unter anderem mit Digitalisierungsstrategie der Stadt Stuttgart (Digital MoveS), dem Digitalpakt Schule, technischen und ethischen Aspekten der KI, sowie der Entwicklung von Ideen und Konzepten für die Digitalisierung der Parteiarbeit (Fokus KV Stuttgart). Dank des großen Einsatzes und Engagement der Mitglieder gibt es gute Fortschritte, erste Anträge an den Kreisvorstand und für die ´Parteitage werden bereits erstellt.

Alle Interessanten für den AK Digitalisierung können sich direkt an Christian Bernhardt (christian_bernhardt@freenet.de) wenden.

➔ Der neu gewählte Vorsitzende der AK Digitalisierung Christian Bernhardt

Termine und Veranstaltungen im 2. Quartal 2022

SAVE THE DATE!
24-Tage-Lauf für Kinderrechte zw. 23.6. und 17.7.2022
Jetzt anmelden unter: 24.tage.lauf@fdpstuttgart.de

→ April 2022

05.	**20:15 Uhr**	**SG Ost › Stadtgruppensitzung** › Restaurant Theater Friedenau, Rotenbergstr. 127
11.	**19:30 Uhr**	**Kreisverband › Kreisvorstandssitzung** › *Informationen folgen*
12.	**19:30 Uhr**	**SG Degerloch › Stadtgruppensitzung** › Restaurant „Der Grieche im Grünen“, Georgiiweg 16
20.	**19:00 Uhr**	**SG Sillenbuch › Stadtgruppensitzung** › *Ob offline oder online wird noch bekannt gegeben*
	19:30 Uhr	**SG Mitte/Süd › Stadtgruppensitzung** › *Details folgen*
21.	**19:30 Uhr**	**SG Plieningen/Birkach › Stadtgruppensitzung** › Clubhaus KT-KV Plieningen, Im Wolfer 32
23./24.		**Bundesverband › Bundesparteitag** › Berlin
25.	**19:30 Uhr**	**SG Vaihingen › Stadtgruppensitzung** › Clubrestaurant „Da Domenico“, Heßbrühlstr. 64
19.	**19:30 Uhr**	**SG Mitte/Süd › Stadtgruppensitzung** › *Details folgen*

→ Mai 2022

09.	**19:30 Uhr**	**SG Degerloch › Stadtgruppensitzung** › Restaurant „Der Grieche im Grünen“, Georgiiweg 16
16.	**20:00 Uhr**	**Kreisverband › Kreisvorstandssitzung** › *Informationen folgen*
17.	**19:00 Uhr**	**SG Ost › Stadtgruppensitzung** › Restaurant Fuchsrain, Neue Str. 150
	19:30 Uhr	**SG Plieningen/Birkach › Stadtgruppensitzung** › Clubhaus KT-KV Plieningen, Im Wolfer 32
18.	**19:30 Uhr**	**SG Mitte/Süd › Stadtgruppensitzung** › *Details folgen*
30.	**19:30 Uhr**	**SG Vaihingen › Stadtgruppensitzung** › Clubrestaurant „Da Domenico“, Heßbrühlstr. 64

→ Juni 2022

13.	**19:30 Uhr**	**Kreisverband › Kreisvorstandssitzung** › *Informationen folgen*
15.	**19:30 Uhr**	**SG Mitte/Süd › Stadtgruppensitzung** › *Details folgen*
20.	**19:30 Uhr**	**SG Degerloch › Stadtgruppensitzung** › Restaurant „Der Grieche im Grünen“, Georgiiweg 16
22.	**19:00 Uhr**	**SG Sillenbuch › Stadtgruppensitzung** › *Ob offline oder online wird noch bekannt gegeben*
23.	**19:30 Uhr**	**SG Plieningen/Birkach › Stadtgruppensitzung** › Gaststätte Ramsbachtal, Taldorfer Str. 59
28.	**19:30 Uhr**	**SG Ost › Stadtgruppensitzung mit Vorstandswahlen** › *Ort wird noch bekannt gegeben*

EINLADUNG

Liberales Neumitglieder-treffen des Kreisverbands Stuttgart

Am 4. Mai 2022 um 18 Uhr auf dem Frühlingsfest

Wir freuen uns, unsere Stuttgarter Bundestagsabgeordnete Judith Skudelny und unseren Stuttgarter Landtagsabgeordneten Friedrich Haag begrüßen zu dürfen. Wir laden alle Neumitglieder hierzu in Kürze noch persönlich ein.

Freie Demokraten
Stuttgart FDP